

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

G 8619

NETZ
বাংলাদেশ

Bangladesch Zeitschrift 3/2008

MINDERHEITEN

**Minderheiten
vor der Wahl**

POLITIK & GESELLSCHAFT

**Kohletagebau
in Phulbari**

KULTUR

**Die Jungs
erzählen**



Hunger

Nahrungsmittelkrise
in Bangladesch

Die NETZ-Ausgabe 4/2008 hat den Arbeitstitel:

„Textilindustrie in Bangladesch“

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft + Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamsten Umgang mit den uns anvertrauten Spenden.

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen bescheinigt NETZ mit dem Spenden-Siegel, dass wir wahrheitsgetreu, eindeutig und sachlich in Wort und Bild informieren, die Finanzmittel nachprüfbar, sparsam und satzungsgemäß verwenden, Spenden und Zuschüsse sowie deren Verwendung eindeutig und nachvollziehbar im Jahresabschluss dokumentieren.

Impressum

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 – 35576 Wetzlar / Telefon: 06441 – 26585 / Fax.: 06441 – 26257 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org / ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Niko Richter
Layout: Moritz Marbach
Titelfoto: Laura Borsi
Redaktion: Barbara Das-Gupta, Felix Groh, Patrizia Heidegger, Pia Hermann, Heiko Herold, Lisa Kronauer, Moritz Marbach, Ingo Ritz, Dirk Saam, Anja Scholz, Christian Weiß (Leitung)

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzelexemplar: 5€.

Inhalte dieser Ausgabe

THEMA: NAHRUNGSMITTELKRISE & MINDERHEITEN

„Die Menschen müssen im Zentrum der Entwicklung stehen!“

Zu den Ursachen der Nahrungsmittelkrise.
Prof. Abul Barkat im Interview.

S. 6

Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise

Studien und Expertenmeinungen.

S. 10

„Alles andere als ein Aktionsplan“

Aroma Dutta im Gespräch über das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung.

S. 13

Vor der Wahl

Minderheiten unter Druck.
Von Dirk Saam und Niko Richter.

S. 16

Kohletagebau in Phulbari

Widerstand der Bevölkerung zeigt Wirkung.
Von Philip Gain.

S. 18

POLITIK & GESELLSCHAFT

Wir sind erfolgreich!

Ein Kommentar von Mahfuz Anam.

S. 20

Meldungen aus Bangladesch

Wichtige Ereignisse in und um Bangladesch auf einen Blick. Zusammengestellt von Patrizia Heidegger und Niko Richter.

S. 21

NETZ aktiv

Neuigkeiten zur Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen von NETZ und Aktionen in Bangladesch und Deutschland.

S. 23

KULTUR

Die Jungs erzählen

Kurzgeschichte von Shahaduzzama.

S. 25

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Die Menge an Reis, die ich sonst in drei Tagen esse, verteile ich nun auf fünf Tage.“ – „Ich esse morgens und mittags, abends esse ich nichts.“ – „Für mich stellt sich die Frage: Reis oder Schulbücher für meinen Sohn.“

Dies sind Aussagen von Menschen, die in Dörfern rund um Gaibandha leben. Solche oder ähnliche Stimmen hört man gegenwärtig überall in Bangladesch. Und zunehmend von Menschen, die noch vor einem Jahr nicht von Armut betroffen waren.

In Bangladesch, wie auch in vielen anderen Entwicklungsländern, ist der weltweite Preisanstieg für Lebensmittel, Viehfutter oder Treibstoff am stärksten spürbar. Im April 2008 drohte Haiti nach tagelang andauernden Protesten gegen hohe Lebensmittelpreise, in Chaos und Anarchie zu stürzen. Ähnliche Szenen waren in afrikanischen Ländern zu beobachten. In Dhaka gingen Textilarbeiterinnen auf die Straße, weil die steigenden Preise ihre Löhne auffraßen. Statt adäquate Maßnahmen zu ergreifen, um die Preissteigerung einzudämmen, wurden die Proteste von den Sicherheitskräften mit Gewalt niedergeschlagen.

Innerhalb der letzten zwei Jahre sind die Lebensmittelpreise in Bangladesch angestiegen – erst langsam, zuletzt rapide. Innerhalb des letzten Jahres hat sich der Preis für Reis verdoppelt, zum Teil verdreifacht. Gemüse und Linsen kosten bis zu fünfmal so viel wie vor einem Jahr. Insbesondere die Ärmsten der Armen, die ohnehin 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, haben unter dem Preisanstieg zu

NETZ 3/2008

leiden. Einem Forschungsinstitut zufolge sind dadurch in den letzten zwei Jahre in Bangladesch etwa 12,5 Mil-

lionen Menschen unter die Armutsgrenze gefallen. Menschen, die in Armut leben, erfahren einen Verfall ihrer Kaufkraft um bis zu 40 Prozent. Regierungsvertreter sprechen bereits von einer leisen Hungersnot. „Leise Hungersnot? Davon kann keine Rede sein. Die Hungersnot ist offensichtlich, umfassend und allgegenwärtig“, entgegnet der Ökonom Professor Abul Barkat.

NETZ arbeitet mit den Ärmsten der Armen. Daher haben wir im Frühjahr 2008 mit unseren Partnern in Bangladesch eine Studie durchgeführt, um mehr über die Auswirkungen des Preisanstiegs zu erfahren und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese aufzufangen. Hier steht vor allem die Regierung Bangladeschs in der Verantwortung. Werden nicht schnell angemessene Maßnahmen ergriffen und rutschen immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze, kann dies fatale Folgen für den Frieden im Land haben.

Mehr über die Gründe und Auswirkungen der Preissteigerung und über geeignete Maßnahmen, um dem Preisanstieg zu begegnen, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Ihr Dirk Saam



Zitate aus dieser Ausgabe

„Ich glaube, dass wir Ende dieses Jahres **Wahlen** haben werden. Diese werden, das ist meine Erwartung, frei und fair sein.“

Mahfuz Anam wirft ab Seite 20 ein Blick in die Zukunft Bangladeschs.



„Das **Strategiepapier zur Armutsbekämpfung** ist in weiten Teilen nicht umsetzbar, nicht aktionsorientiert. Es bietet keine Antworten auf aktuelle Fragen und Krisen.“

Sagt Aroma Dutta, Geschäftsführerin von PRIP Trust. Mehr auf Seite 13.

Der Kohletageabbau in Phulbari ist „Raub der Industrienationen an den natürlichen Ressourcen armer Länder.“

So zitiert Philip Gain Prof. Anu Mahumud, Vorstandsmitglied des „Nationalen Komitees zur Sicherung von Bodenschätzen in Bangladesch“. Mehr ab Seite 18.

„Wir essen jetzt nur noch zweimal am Tag“

TEXT/FOTO: LAURA BORSI

Rihana Akter und ihre Familie sind ein Beispiel für Millionen Menschen in Bangladesch, die unter den Auswirkungen der steigenden Nahrungsmittelpreise in Bangladesch leiden. Rihana ist 40 Jahre alt und Hausfrau. Gemeinsam mit ihrem Mann, ihrem Sohn und dessen Familie lebt sie in einem kleinen Dorf in der Nähe von Netrakona im Norden Bangladeschs. Ihr Mann kann seit über einem Jahr aufgrund einer schweren Beinverletzung nicht mehr arbeiten. Während eines Sturms fiel das Haus der Familie über ihm zusammen. Ihr Sohn erwirtschaftet als Tagelöhner in der Feldarbeit das Haupteinkommen der Familie. Rihana bemüht sich neben ihren Aufgaben als Hausfrau, die Familie finanziell zu unterstützen. Sie bestickt und verkauft manchmal Kleider.

„Im letzten Jahr haben wir für ein Kilogramm Reis noch 33 Euro-Cent bezahlt, heute sind es über 10 Cent mehr. Der Preis für das Kilogramm Linsen hat sich im selben Zeitraum sogar auf 1,22 Euro verdoppelt. Wir essen jetzt nur noch zweimal am Tag. Die Ration Reis, die jeder bekommt,

ist deutlich kleiner geworden. Fisch und Früchte können wir uns nicht mehr leisten. Meinen letzten Sari habe ich mir vor über zwei Jahren gekauft. Seit einigen Monaten trage ich keine Bluse mehr unter meinem alten Sari. Für eine neue fehlt einfach das Geld. Seife haben wir schon lange von unserem Einkaufszettel gestrichen. Durch die unausgewogene Ernährung leidet meine Familie immer häufiger an Fieber und Durchfall. Aber Medizin können wir uns nicht leisten. Vor einem Jahr waren noch 55 Euro genug, um unsere Familie für einen Monat zu versorgen. Heute benötigen wir mindestens 75 Euro und müssen dennoch an vielen Stellen Abstriche machen. Freunde und Verwandte haben wir schon lange nicht mehr zum Essen einladen können. Wir haben ja selbst kaum genug, um über die Runden zu kommen. Und unseren Bekannten geht es genauso. Ich bin oft traurig über diese Situation: Ich kann meine Familie nicht mehr richtig ernähren, wenn jemand krank ist, fehlt das Geld für Medizin, und unsere sozialen Kontakte leiden unter diesem enormen Preisanstieg.“



Ursachen der Nahrungsmittelkrise "Die Menschen müssen im Zentrum der Entwicklung stehen!"

Professor Abul Barkat, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Dhaka, analysiert im Gespräch mit NETZ die Ursachen und Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise in Bangladesch.

NETZ: Die Inflation in Bangladesch hat sich im Laufe des letzten Jahres durch die steigenden Lebensmittel- und Treibstoffpreise auf den internationalen Märkten weiter verschärft. Dadurch haben auch Versorgungsprobleme weiter zugenommen. Was sagen Sie dazu?

ABUL BARKAT: Ich stimme nicht mit der Regierung überein, dass der Weltmarkt der entscheidende Faktor für die Preissteigerungen bei den Lebensmitteln in Bangladesch ist. Es gibt mindestens achtzehn Gründe für die Preissteigerungen. Der unbedeutendste davon ist die Situation am Weltmarkt.

Wir leben in einer entstellten freien Marktwirtschaft, die den Armen gegenüber niemals freundlich eingestellt ist. Die grundlegende Philosophie der freien Marktwirtschaft ist heute der Neoliberalismus. Eine Philosophie, die vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank unterstützt wird. In einer entstellten Marktwirtschaft ist die Bildung von Konsortien und Kartellen Realität. Konsortien sind ein Grund für Preissteigerungen. Es gibt sie im Bereich der Einfuhr, in

der landwirtschaftlichen Produktion und im Dienstleistungssektor. Die Konsortien in Bangladesch haben sich verändert. Sie sind zu Kartellen geworden. Sie ähneln der Mafia, wie wir sie aus den 1920er und 1930er Jahren kennen.

Ein Grund für die Versorgungsprobleme sind die Zwischenhändler zwischen der Einfuhr von Waren und den Konsumenten, der Produktion und Konsument und dem Handel und Produktion. Sie verursachen künstliche Preissteigerungen. Sagen wir, der Preis für ein Kilogramm Reis in Bangladesch liegt eigentlich bei 26 Euro-Cent. Jetzt kostet es 36 Cent. Diese zehn Cent sind eine künstliche Steigerung, die zu 40 Prozent den Zwischenhändlern geschuldet ist. Dies war vor 20 Jahren noch nicht so. Außerdem ist die Verteilungskette von der Herstellung bis zum Konsumenten nicht effektiv organisiert. Sie ist hochkomplex, schwach und unwirksam – besonders bei importierten Gütern.

Ein anderer wichtiger Grund für Preissteigerungen ist der Angstfaktor unter den Großhändlern. Kurz nach dem Amtsantritt der Übergangsregierung wurde einige von ihnen verhaftet. Auf allen Ebenen gibt es so nun mehr große Lagerhalter: bei der Einfuhr, der Herstellung und auf dem bangladeschischen Markt. Die Regierung und die wichtigen Geschäftsleute

vertrauen sich nicht, obwohl man sie bei gemeinsamen Treffen sieht. Die Angst der Geschäftsleute führt zu weniger Investitionen und Produktion.

Noch ein Faktor ist auf der Angebotsseite zu finden. Der Preis steigt, wenn weniger produziert als nachgefragt wird. Das sind ökonomische Grundregeln. Diese Regeln funktionieren aber in Bangladesch nicht: Wenn man hier auf den Markt schaut, ist alles verfügbar. Das Angebot stimmt, aber der Preis steigt. Ich nenne dieses Problem den Erwartungsfaktor. Geschäftsleute, Großbauern und Bauern der Mittelschicht erwarten, dass die Preise für Grundnahrungsmittel steigen werden und legen so Vorräte an. Die Menschen entscheiden rational. Wenn man erwartet, dass der Preis einer Ware steigt, lagert man sie und verkauft erst später. Das Angebot sinkt, die Preise steigen.

Der Anstieg der Produktionskosten im landwirtschaftlichen Sektor ist ein weiterer Faktor. Diese umfassen Bewässerung, Dünger, Saatgut und Arbeitskraft. Wenn man einen Bauern fragt, was es ihn kostet, einen bigha (Anm. d. Red.: ca. 0,13 Hektar) Land zu bewirtschaften, wird er alle Kosten aufzählen außer seiner eigenen Arbeitsleistung. Rechnet man diese mit, dann ist die Landwirtschaft in Bangladesch nicht wettbewerbsfähig. Zusätzlich müsste man eigentlich noch die

Arbeit der Frauen berücksichtigen, die die Ernte zuhause im Hof weiterverarbeiten. Die steigenden Preise für Treibstoff haben auch direkte Auswirkungen auf die Kosten für die Bewässerung. Wir importieren 3,8 Millionen Tonnen Treibstoffe, darunter Diesel, Kerosin, Oktan, Benzin und Heizöl. Diesel und Kerosin sind die Energiequellen der armen Leute. Von den 3,8 Tonnen entfallen nur 0,6 Tonnen auf Oktan und Benzin. Drei Millionen Tonnen sind Diesel und Kerosin, 85 Prozent davon sind allein Diesel. Jeweils die Hälfte des Diesels wird für die Bewässerung und für den Transport genutzt.

Die steigenden Preise für Bewässerung und Düngemittel treffen besonders die Armen. Diese Tendenz wird sich in der Saison der Reissorten Amam und Rabi weiter fortsetzen. Dann steigen die Preise für Transport, Kalkdünger und Harnstoff, bei denen wir von Importen aus Indien abhängig sind, weiter an. Kerosin nutzen wir außerdem auch als Lichtquelle. In Bangladesch haben mindestens 70 Prozent der Haushalte keinen Strom. Und diese sind die Armen.

Im Weiteren stagnieren die Investitionen in die Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren. Es gab keine Investitionserhöhungen durch die öffentliche Hand. Warum? Die vorherigen Regierungen und die momentane Übergangsregierung glauben, dass die Landwirtschaft die Privatangelegenheit der Erzeuger ist. Dieser Gedanke entspringt der neoliberalen Entwicklungstheorie, die uns vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und all den großen Spielern der Weltwirtschaft, besonders von den G8,

NETZ 3/2008

übergestülpt wird.

Auch private Investitionen stagnieren. In der Landwirtschaft in Bangladesch hat es eine stille Revolution gegeben – eine negative Veränderung. Vor 20 Jahren wurden 20 Prozent des Landes von Teilpächtern bestellt. Heute sind es 40 Prozent.



Professor Abul Barkat arbeitet an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Dhaka.

Wem gehört das Land? Es ist das Land der Reichen. Reiche Leute, die ihr Land nicht selbst bestellen. Sie verpachten es, weil sie alternative Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft haben. Wer sind die Teilpächter? Sie sind keine Landlosen. Die meisten besitzen etwas Land, denn zum Pachten benötigt man Geld. Dieses Geld fehlt den Landlosen und den Kleinbauern mit sehr geringem Landbesitz. Aber die Teilpächter haben kein Interesse daran, die Produktion zu erhöhen, da sie einen Teil wieder an die reichen Landbesitzer abgeben müssten.

Und der letzte Punkt meiner Liste, der von vielen anderen immer an erster Stelle genannt wird, ist der Weltmarkt. Wenn auf dem internationalen Markt die Preise steigen,

dann steigen sie auch in Bangladesch. Wenn sie fallen, dann sollten sie auch hier fallen. Aber ich habe noch nie sinkende Preise erlebt. Was passiert also in Bangladesch? Als jemand, der an ökonomische Theorien glaubt, sage ich, dass hier zwei Dinge gleichzeitig passieren. Und diese Dinge habe nicht ich herausgefunden, sondern sie wurden vor 250 Jahren von zwei Klassikern der Wirtschaftsphilosophie entdeckt, Adam Smith und David Ricardo. Adam Smith sagte, dass eine unsichtbare Hand die Preise entsprechend von Angebot und Nachfrage reguliert. David Ricardo sagte, dass es auch politische Preisbildung gibt. In Bangladesch haben wir eine Kombination der unsichtbaren Hand und der politischen Preisbildung – sie sind der Grund, warum die Preise für Verbrauchsgüter stetig steigen.

NETZ: Sie haben gesagt, dass die Preissteigerungen arme Menschen am stärksten treffen. Wie zeigt sich dies bei armen Menschen wie Textilarbeitern, die ein festes Einkommen haben? Gibt es Anzeichen, dass die Preissteigerungen dazu geführt haben, dass noch mehr Menschen unter die Armutschwelle gefallen sind?

ABUL BARKAT: Die Regierung, ob nun gewählt oder nicht, besteht aus Schönrednern. Es gibt einen Lügen-Mechanismus. Deswegen ordne ich Bangladeschs Wirtschaft in zwei Teile. Den einen Teil nenne ich die statistische Wirtschaft, den anderen die echte Wirtschaft. Wenn die Regierung beispielsweise mitteilt, dass die Inflationsrate bei 10,1 Prozent liegt, zitiert sie Zahlen des staatlichen Statistikamts. Wenn sie 10,1 Prozent sagen, sehe ich viel-

mehr 20,5 Prozent. Meine Einschätzung basiert auf dem Markt. Auf was fußt die Schätzung der Regierung? Ich weiß es nicht. Zitiert die Regierung also das Amt für Statistik, so beruft sie sich auf eine staatliche Einrichtung. Das Statistikamt sollte keine staatliche Behörde sein, sondern eine unabhängige Institution.

Die Leute gehen zum Markt und sehen die Preise: Was vorher 10 Cent gekostet hat, kostet nun 20 Cent. Die Inflationsrate ist also nicht 5, sondern 100 Prozent. Einer der Berater der Übergangsregierung nannte es den „versteckten Hunger“, ein anderer sagte, es sei eine „stille Hungersnot“. Ich habe immer gesagt, es gibt keinen versteckten Hunger und keine stille Hungersnot. Es ist eine deutlich sichtbare Hungersnot. Man kann sie überall sehen.

Die Regierung gibt an, dass 40 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. 20 Prozent sind extrem arm. Wenn man also der Statistik der Regierung Glauben schenkt, sind 60 von 150 Millionen Menschen arm. Rechnet man aber die bisherigen Armen und die neuen Armen zusammen, die in den letzten zwei Jahren durch die Preissteigerung hinzu gekommen sind, so gehe ich davon aus, dass mindestens 100 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben. Gründe hierfür sind beispielsweise die Preissteigerungen, fehlende Arbeitsplätze auf dem Land und in der Stadt, die Überschwemmungen und der Wirbelsturm im letzten Jahr und schließlich der Weltmarkt. Demzufolge sind in den letzten zwei Jahren knapp 40 Millionen Menschen in Bangladesch verarmt.

Der Hauptgrund für diese neue Armut ist die Preissteigerung und der damit verbundene Rückgang des Realeinkommens. Diese Entwick-

lung kann man nicht nur bei den lebenswichtigen Verbrauchsgütern beobachten. Die Mieten in Dhaka und überall in Bangladesch sind gestiegen und Medikamente teurer geworden. Es gibt höhere Preise im Transportwesen, für Strom, Gas und vieles mehr. Die Einkommen steigen nicht und der sozioökonomische Status sinkt durch die Preissteigerungen. Die Armen werden noch ärmer und die untere Mittelschicht findet sich plötzlich in den Reihen der Armen wieder.

Die Armen haben kaum Besitz. Vielleicht gehört einer Familie eine

„Es gibt keinen versteckten Hunger und keine stille Hungersnot. Es ist eine deutlich sichtbare Hungersnot.“

(PROF. ABUL BARKAT)

Kuh oder Ziege. Bedingt durch die Preissteigerungen und um ihren täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln zu stillen, haben sie diese jetzt wieder versetzt. Ein Verkauf aus dem Elend heraus. In Notzeiten müssen sie ihren Besitz unter Marktwert verkaufen. Das sieht man ganz deutlich während der Flut. Wenn man in der Regenzeit aufs Land fährt, sieht man Viehhändler mit Booten von Dorf zu Dorf ziehen. Sie kaufen die Kühe der Armen. Was kostet so eine Kuh? Ein Drittel des Marktpreises. Viele der armen Kleinbauern, Menschen aus der unteren Mittelschicht und sogar aus der Mittelschicht sind so in der Falle der Notverkäufe gefangen. Wie kann man diesen Verlust in der Zukunft wieder gutmachen? Diese Menschen zieht es vom Land in die Städte. Das ist keine einfache Wanderbewegung, es ist eine erzwungene Migration ohne gleichzeitige Entwicklung und In-

dustrialisierung in den Städten. Hier angekommen steigen sie dann im Niedriglohnssektor und in informellen Wirtschaftszweigen ein. Sie bleiben in Armut gefangen.

Meinen Berechnungen zufolge gibt es 40 bis 50 Millionen extrem Arme, die Regierung zählt 30 Millionen. Wenn diese Zunahme an neuen Armen, wie ich befürchte, anhält, dann sind soziale Unruhen zu erwarten, die auch zu politischen Unruhen führen können. Als die Übergangsregierung Anfang 2007 an die Macht kam nannten ihre Vertreter drei Hauptprobleme in Bangladesch: die Preissteigerungen, Korruption und den Reformstau. Unsere Verfassung legt eindeutig fest, dass es die Verpflichtung des Staates ist, die grundlegenden Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Das wichtigste Grundbedürfnis ist Nahrung. Wenn man die Verfassung also wirklich respektieren würde, bräuchte man einen Wohlfahrtsstaat.

Oder eine sozialdemokratische Wirtschaft. Das bedeutet, die Menschen – und nicht die Entwicklung – ins Zentrum zu stellen.

NETZ: Die Regierung ist offensichtlich nicht in der Lage gewesen, die galoppierenden Preise für Nahrungsmittel unter Kontrolle zu bekommen. Welche Maßnahmen kann sie in der Zeit von August bis November, in der wenig geerntet wird, ergreifen, und was schlagen Sie der neu gewählten Regierung vor?

ABUL BARKAT: Wir haben in Bangladesch eine der zehn fortschrittlichsten Verfassungen der Welt. Sie besagt, dass alle Macht vom Volke ausgeht. Und über dieses Volk sprechen wir heute. Ich denke, in einer Wirtschaft, die von einer falschen Philosophie geleitet ist, kann man nicht viel tun. Man kann diese Philosophie nicht än-

dern. Dazu bräuchte man eine sehr starke politische Führung, und diese haben wir nicht. Weder in der Politik noch anderswo. Diese nicht durch Wahlen legitimierte Übergangsregierung ist schwach.

Zwei Dinge sollten getan werden. Erstens müssen kurzfristig Maßnahmen ergriffen werden, denn die Situation verschlechtert sich zunehmend. Bald beginnt die Fastenzeit. Die Nachfrage nach manchen Gütern wird steigen. Es muss also schnell eine Strategie entwickelt werden, die den Schaden gering hält. Eine sinnvolle Maßnahme wäre, dass die Regierung drei Tonnen Nahrungsmittel als Puffer einlagert. Diese Reserve sollte am besten nicht aus Bangladesch selbst kommen. Wenn das so gemacht wird, kann ich versichern, dass die Produktionsmenge für Bangladesch ausreicht. Aber das allein ist noch nicht genug. Sie sollten zweitens Reis importieren – und zwar groben Reis, nicht den feinen Reis für die Reichen. Ich sehe nicht, dass die Reichen wirklich betroffen sind.

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln muss viel effizienter gestaltet werden. Dazu müssen das Bankwesen, das Verkehrssystem, die Finanz- und Steuerpolitik und die Anreize für wirtschaftliche Tätigkeiten optimiert werden. Kurzfristig muss die Regierung kostensparende Maßnahmen für den Transport der Nahrungsmittel sicherstellen. Nahrungsmittel könnten zum Beispiel mit Zügen und Schiffen transportiert werden. Die Regierung muss festlegen, was grundlegende Güter sind, und deren Markt regulieren und überwachen. Sie sollte auf die Versorgung mit diesen Gütern Acht geben und so die Nahrungsmittelsicherheit der Armen garantieren. Das hat in vielen Ländern dieser Welt funktioniert.

Die Regierung muss auf kurze Sicht eine staatliche Behörde schaffen, die dafür verantwortlich ist, die not-

wendigen Daten über die Produktion, den Konsum, die Versorgung und Lagerbestände jedes einzelnen Guts tagesgenau zu liefern. Bisher gibt es dies nicht. Die staatlichen Investitionen in Forschung und die Entwicklung der Landwirtschaft müssen steigen. Ein öffentliches System für die Verteilung von Nahrungsmitteln, welches im Moment rund 30 Millionen Menschen versorgt, sollte kostenlos Nahrungsmittel zur Verfügung stellen. 60 bis 70 Millionen Menschen sollten Nahrungsmittel zu subventionierten Preisen erhalten.

Die Regierung muss die Effizienz staatlicher Hilfsprogramme steigern, um das Einkommen der Armen zu erhöhen. Sie muss auch in der Lage sein, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht zwangsläufig den Empfehlungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds entsprechen. Diese Institutionen haben eine Politik vorgeschlagen, die einen Ausbau der Landwirtschaft nicht vorsieht. Die Regierung sollte aber genau dies mit Hilfe der staatlichen und privaten Banken sowie des öffentlichen Sektors vorantreiben. Sie muss dafür sorgen, dass die armen Bauern und Teilpächter Geld zur Verfügung haben, um Saatgut und dergleichen zu kaufen. Die neue gewählte Regierung sollte sich zum Ziel machen, die Produktion zu erhöhen, aber nicht auf Kosten der Umwelt. Gleichzeitig sollte sie die Verteilung fairer gestalten. Es ist möglich, dass die Produktion verdreifacht wird und trotzdem immer noch 70 Prozent der Menschen in Armut leben. Das Wachstum muss gerecht verteilt werden. Die Regierung muss auf lange Sicht alles tun, um die Produktionskosten in der Landwirtschaft niedrig zu halten. Das ist nicht nur eine Frage von Subventionen, sondern auch eine von technologischer Entwicklung.

Die Regierung muss Arbeitsplätze schaffen. Bangladesch ist das am

dichtest besiedelte Flächenland. Das Schaffen von Arbeitsplätzen und ihre gerechte Verteilung sind also sehr wichtig. Die Industrialisierung sollte vorangetrieben werden. Im Moment verringert sich ihre Rate. Die Leute, die investieren könnten, werden derzeit durch den oben genannten Angstfaktor gehemmt.

Und schließlich, und das ist langfristig die wichtigste Maßnahme, brauchen wir eine Landreform sowie eine Reform der Landwirtschaft und der Gewässer. Die Shrimp-Produktion zum Beispiel ist sehr ungerecht. Sie macht die Menschen ärmer und ist ökologischer Selbstmord. Aber die multilateralen Banken unterstützen sie. Nachdem die Shrimp-Produktion zu einem Industriesektor erklärt wurde, ist Ackerland in Shrimp-Zuchtanlagen umgewandelt worden. Die Leute wurden von ihrem Land vertrieben. Dies hat die Nahrungssicherheit und die Umwelt zerstört und die ganze Landwirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Und das organisierte Verbrechen hat im ganzen südlichen Gürtel Bangladesch erheblich an Einfluss gewonnen.

Es gibt acht Millionen Hektar Land und Gewässer in staatlichem Besitz, und es gibt zehn Millionen Haushalte, die gar kein Land besitzen. Jeder armen Familie könnten also 0,8 Hektar Land zugeteilt werden. Das reicht aus, um sie in zehn bis fünfzehn Jahren aus der Armut zu führen. Wir brauchen endlich wirkliche Führungspersonen in Bangladesch. Starke, patriotische Politiker mit einem kühlen Kopf und Weitblick. Wenn diese die genannten Maßnahmen umsetzen, dann werden sie auch in der Bevölkerung eine breite Unterstützung finden.

Das Interview führten Sumana Binte Masud, entwicklungspolitische Referentin bei NETZ, und NETZ-Mitarbeiter Dirk Saam in Dhaka.

Reallöhne sinken um 36,7%

Schätzungen des *Centre for Policy Dialogue Bangladesh* zufolge sanken die Reallöhne der Menschen, die in Bangladesch unterhalb der Armutsgrenze leben, im Zeitraum von Januar 2007 bis März 2008 um 36,7 Prozent. Dieser Teil der Bevölkerung gibt 45,6 Prozent des Einkommens für Reis aus. Allein aufgrund des Preisanstiegs von Reis um 66,9 Prozent im selben Zeitraum, schmälerte sich das Einkommen der Armen real um 30,5

Prozent. Diese Erosion der Reallöhne trifft insbesondere die Unter- und Mittelschicht. Ein Beispiel aus der Textilindustrie: Die Löhne der Textilarbeiter werden seit dem letzten Mindestlohnbeschluss in drei Stufen unterteilt: 20, 18 und 16,60 Euro. Rechnet man nun die Einkommensschmälerungen von 36,7 Prozent in die Löhne mit ein, betragen diese real nur noch 13, 11,70 und 10,50 Euro monatlich.

Ergebnisse der NETZ-Studie zum Preisanstieg

Seit dem Jahr 2007 verzeichnet Bangladesch einen gravierenden Preisanstieg nahezu aller Lebensmittel und Konsumgüter. Dieser Anstieg erschwert die Lebensbedingungen vieler Bangladeschis. Immer mehr Menschen sind von Armut bedroht. Die Situation extrem armer Haushalte ist besonders prekär. Aufgrund dieser Entwicklung hat NETZ in Zusammenarbeit mit vier lokalen Partnerorganisationen im Frühjahr 2008 eine Studie durchgeführt, um die Auswirkungen der aktuellen Preissteigerung auf die Gruppe extrem armer Menschen besser zu verstehen und dann angepasste Maßnahmen ergreifen zu können. Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse kurz zusammengefasst. Für die Datenerhebung wurden in vier Distrikten 213 Haushalte befragt und 14 Gruppendiskussionen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von NETZ geförderten Projekten geführt. Der Fokus lag auf

der Erfassung der Situation von Frauen, Adivasis und Bewohnern von Schwemmlandinseln. Knapp 50 Prozent der Befragten waren Tagelöhner.

Nahezu alle wichtigen Grundnahrungsmittel wie Reis, Linsen, Gemüse, Gewürze, Öl und tierische Produkte verteuerten sich drastisch im oben genannten Zeitraum. Zudem stiegen die Preise für Kleidung, Seife, Kerosin und Haushaltsgegenstände. In Rangpur kostet das Kilogramm Reis heute zwischen 32 bis 35 Euro-Cent. Vor einem Jahr mussten man dafür nur 21 bis 23 Cent zahlen. Der Preis für Weizen verdreifachte sich von 10 bis 12 Cent auf 28 bis 30 Cent. Zwar stiegen die Tageslöhne in der Landarbeit im selben Zeitraum durchschnittlich um 20 bis 30 Cent. Bei weitem aber nicht in einem ausreichenden Maße, um den Druck der Preissteigerung auszugleichen. Viele arme Menschen haben daher

Kredite aufnehmen müssen.

Die Betroffenen der Nahrungsmittelkrise müssen ihr Essverhalten stark einschränken. Mehl und Linsen verschwinden immer öfter vom Speiseplan; Fisch, Fleisch, Öl und Zucker werden kaum noch konsumiert. Knapp 24 Prozent der Befragten sagten beispielsweise, dass sie gar keine Linsen mehr essen; im Vorjahr waren es noch weniger als 5 Prozent gewesen. Viele gaben an, mindestens eine Mahlzeit pro Tag weniger zu sich zu nehmen. Neben dem Verzicht auf Nahrung muss ein Großteil der Befragten (98 Prozent) zudem bei Kleidung, Haushaltsgegenständen und Medizin sparen. Unterernährung und Krankheiten sind die am häufigsten genannten Folgen dieses eingeschränkten Konsumverhaltens. Momentan gibt es keine Anzeichen, dass die Preise in nächster Zeit wieder fallen werden.

Wer ist am stärksten betroffen?



„Am stärksten sind die armen Bewohnerinnen und Bewohner von Städten und ländlichen Gebieten in den Entwicklungs- und Schwellenländern betroffen. Für diese Menschen ist der tägliche Überlebenskampf nun noch härter geworden. Für die Gruppe der Extrem-Armen ist die Lage besonders desolat. Diese Gruppe, die über 150 Millionen Menschen vor allem in Afrika und Südasien umfasst, fristen ihr Über-

leben mit weniger als 50 US-Cent pro Tag. Steigende Preise in den Supermärkten hierzulande zehren bei den meisten von uns nur wenig am Geldbeutel. Denn in Europa dienen im Schnitt nur etwa sieben Prozent des Einkommens dem Kauf von Lebensmitteln. In Ländern wie Bangladesch oder Mali müssen dagegen bis zu 80 Prozent des Einkommens für die Ernährung aufgebracht werden. Eine für uns geringfügige Preissteigerung sprengt in diesen Ländern die Haushaltskasse. In der Folge streichen Familien Mahlzeiten vollständig oder be-

schränken sich auf Magen füllende und vitaminarme Kost. Ausgaben für Schule und Gesundheit, die nicht unmittelbar für das Überleben wichtig sind, werden zurückgefahren. Kleine Fortschritte, die im Land im Kampf gegen Armut gemacht wurden, werden so in kürzester Zeit zunichte gemacht.“

Bundestagsabgeordneter Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Nach Angaben der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen ist der Preisindex für Nahrungsmittel im Zeitraum von März 2007 bis März 2008 um 57 Prozent gestiegen. Bei Reis betrug die Steigerung allein in den letzten zwei Monaten 75 Prozent, bei Weizen im letzten Jahr 120 Prozent. Diese Preissteigerungen treffen besonders die Ärmsten der Armen, die so wenig Geld haben, dass ihnen kein Spielraum bleibt. Für diese Menschen und besonders für die Armen in städtischen Gebieten bedeuten höhere Preise: Der Hunger nimmt zu.

Pressemitteilung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 21.04.2008.

„Der momentane Anstieg der Nahrungsmittelpreise hat zu einer weltweiten Krise geführt. Es stellt sich die Frage, wie die Nahrungssicherung gewährleistet werden kann. Wir müssen jetzt handeln, um die Menschen zu ernähren. Wir müssen langfristige Strategien entwickeln, um die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Nur so können Hunger und Mangelernährung gestoppt werden.“

Ausschnitt einer Rede von Fakhruddin Ahmed, Chef der Übergangsregierung, vom 04.08.2008.

„Mehr als vier Millionen Menschen sind im Verlauf der Nahrungsmittelkrise in Bangladesch zusätzlich unter die Armutsgrenze gefallen.“

Weltbank-Ökonom Vinaya Swaroop am 27.8.2008 bei der Vorstellung eines Berichts zur Nahrungsmittelkrise in Bangladesch.



„Mein Sohn war immer der beste Schüler in seiner Klasse. Aber aufgrund der gestiegenen Preise für Lebensmittel konnten wir uns seine neuen Schulbücher zu Beginn des neuen Schuljahrs nicht mehr leisten. Die 4,70 Euro dafür waren einfach zu viel. Daher geht er jetzt nicht mehr zur Schule.“

Hamida Begum aus Tarapur, Gaibandha

Strategiepapier zur Armutsbekämpfung

„Alles andere als ein Aktionsplan“

Aroma Dutta ist Geschäftsführerin der bangladeschischen Nichtregierungsorganisation PRIP Trust. Im Gespräch mit NETZ zeigt sie die Defizite im staatlichen Strategiepapier zur Armutsbekämpfung auf.

NETZ: 2004 veröffentlichte die Regierung Bangladeschs das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung („Poverty Reduction Strategy Paper“, PRSP). Ziel war es, eine umfassende Strategie vorzulegen, um die Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Gemessen an diesem Anspruch: Wie bewerten Sie heute das Papier und den Stand seiner Umsetzung?

AROMA DUTTA: Das PRSP macht als Dokument auf den ersten Blick einen guten Eindruck. Aber! Es gibt weder klare Indikatoren wie die formulierten Ziele umgesetzt werden sollen, noch konkrete Angaben zum Budget. So ist das Papier alles andere als ein Aktionsplan. Viele Fragen bleiben offen. Wer ist für seine Umsetzung verantwortlich? Wer koordiniert diese Arbeit? Daher befürchte ich, dass die im PRSP formulierten Ziele kaum umgesetzt werden können. Bereits bei seiner Erstellung hat man es versäumt, die Bevölkerung einzubeziehen. Wie viele arme Frauen wurden damals konsultiert? Nicht eine! Das so genannte Strategiepapier verfügt über keinen Fahrplan für seine Umsetzung. Es ist nicht „der“ Plan der

Regierung, um eine gute Entwicklungspolitik zu machen. Wenn es ein guter Plan wäre, warum wurde es von der aktuellen Übergangsregierung nicht ein einziges Mal in den letzten eineinhalb Jahren erwähnt?

Das PRSP ist in weiten Teilen nicht umsetzbar, nicht aktionsorientiert. Es bietet keine Antworten auf aktuelle Fragen und Krisen. Die gegenwärtige Nahrungsmittelkrise in Bangladesch hat dies wieder einmal deutlich gezeigt. Im Distrikt Munshiganj sind im April, zum Höhepunkt der Krise, viele Tonnen frisch geernteter Kartoffeln verrottet noch bevor sie die Märkte erreichten. Die Lagerhallen waren bereits überfüllt. Nicht zuletzt wegen der Politik der Übergangsregierung, die mehr und mehr Nahrungsmittelspekulanten hervor gebracht hat. Dies zeigt deutlich, dass wir strukturelle Defizite haben, für die die Politik keine Lösung hat.

Was machten also die armen Landwirte in Munshiganj? Sie wendeten sich an die Großgrundbesitzer mit der Bitte, ihre Kartoffeln in deren Speichern kurzfristig zwischenslagern zu dürfen. Diese nutzten die Not der kleinen Landwirte schamlos und ungestraft aus. Sie verweigerten die Öffnung ihrer Lager. Die verzweifelten Landwirte mussten so ihre letzten Kartoffeln zu einem wesentlich geringeren Preis an dieselben Großgrundbesitzer verkaufen.

So läuft das Geschäft mit der Armut in Bangladesch seit Generationen. Politiker verschließen die Augen, Geschäftsleute öffnen ihre Hände. Ein umfassendes Strategiepapier muss auch hierfür Lösungen entwickeln.

NETZ: Schenkt das PRSP benachteiligten Gruppen, wie etwa Kleinbauern und Tagelöhnern in für Naturkatastrophen besonders anfälligen Regionen, wie Schwemmlandinseln, der Küstenregion und überschwemmungsgefährdeten Tieflandgebieten, genügend Beachtung?

AROMA DUTTA: Auf gar keinen Fall! Ihre prekäre Situation bedarf spezieller Programme. Die Armut unter diesen Menschen ist sehr hoch. Hungern gehört für sie zum Alltag. Sie können es sich nicht leisten, ihre Kinder zu Schule zu schicken oder bei Krankheiten einen Arzt aufzusuchen. Die Familien kämpfen mit vielen Problemen, die alle miteinander verbunden sind. Aber unsere Regierung ist tatenlos. Die Gebiete der Schwemmlandinseln und Tieflandebenen, die chars and haors, könnten einen beachtlichen Beitrag zur bangladeschischen Landwirtschaft beitragen. Zum Beispiel durch Viehhaltung, die Ernte verschiedener Getreidesorten und Fischerei. Hier besteht eine katastrophale Lücke in den Entwicklungsprogrammen der Regierung. Sie reden zwar immer über die Ar-

men, beziehen diese Gruppe aber nicht mit in ihre Planungen ein. Die Armut der anderen ist für viele zu einem lukrativen Geschäft geworden. Die Regierung Bangladesch verkauft die Armut der Menschen an die Geberländer. Dennoch erreicht die Ärmsten der Armen oft keine staatliche Hilfe. Dies hat vier Gründe: 1. das mangelnde Interesse aller Regierungen seit 1991, 2. die unzureichende Planung und das Fehlen einer umfassenden Strategie, 3. mangelhafte Kontrollsysteme und 4. der Teufelskreis egoistischer Interessen der gesellschaftlichen Elite.

NETZ: Indigene Minderheiten werden im PRSP als wichtige Zielgruppe genannt, um die Armut in Bangladesch nachhaltig zu senken. Religiöse Minderheiten werden nicht explizit erwähnt. Wie bewerten Sie die aktuelle Situation von Minderheiten in Bangladesch und insbesondere von den Frauen in diesen Gruppen?

AROMA DUTTA: Vereinfacht gesagt unterscheiden sich die indigenen Minderheiten in Bangladesch in Flachland-Adivasi und Hochland-Jumma. Die politische Situation in den Chittagong Hill Tracts ist seit Jahrzehnten unstabil. Die dort beheimateten indigenen Gruppen werden immer mehr zu Minderheiten in ihren eigenen Distrikten. Die bengalischen Siedler verdrängen sie aus ihren Siedlungsgebieten. Sie haben nun das Sagen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen

Sektor. Im Gegensatz zu den Ergebnissen in den Chittagong Hill Tracts wird nur sehr wenig über die Situation der Flachland-Adivasi in den Medien in Bangladesch berichtet. Sie haben kaum gut ausgebildete Anführer und Sprecher für ihre Interessen. Sie besitzen keine Landrechte, und ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte sind gleich null. Es gibt auch nur wenige Nichtregierungsorganisationen, die sie unterstützen. Aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage verlassen viele Adivasi ihre Heimat. Sie zieht es in die Großstädte. In Dhaka arbeiten tausenden Garo-Frauen als Haushaltshilfen bei reichen bengalischen Familien.

Neben ihnen gibt es die Angehörigen religiöser Minderheiten, wie etwa Hindus, Christen und Buddhisten. Ihre Situation ist ähnlich schlecht. Das Gesetz zum übertragenen Eigentum (Vested Property Act) hat insbesondere vielen Hindufamilien ihr Land genommen. Besonders erschreckend ist, dass es offensichtlich ein Muster von Gewalttaten gegenüber den Frauen dieser Gruppen gibt. Sie werden immer wieder Opfer von wahllosen Vergewaltigungen. Und die Sicherheitskräfte in unserem Land schützen sie nicht. Die Regierung, aber auch die internationalen Geber und die meisten Organisationen in unserem Land, interessieren sich nicht für diese Verbrechen. Stellen Sie sich vor: In Dagerhat im Gopalganj-Distrikt treffen sich jede Nacht Hunderte Hindus, um gemeinsam

in Bussen Bangladesch in Richtung Indien für immer zu verlassen. Diese Menschen flüchten, weil sie immer öfter Opfer von Drohungen, offenen Gewalttaten und von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Diskriminierung sind.

Die Gebiete, in denen Minderheiten leben, profitieren kaum von staatlichen Entwicklungsprogrammen. Die Menschen erhalten oft nur Arbeit im Niedriglohnsektor. Sie leiden unter einem schlechten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und unter Rechtsunsicherheit. Banken verweigern ihnen Kredite. Straßen, öffentliche Plätze, die Elektrizitätsversorgung und Krankenhäuser sind oft in einem desolaten Zustand. Die großen Entwicklungspartner Bangladeschs sollten diesen Menschen mehr Beachtung schenken und für sie spezielle Programme entwickeln. Es ist ein Skandal, dass heute immer noch viele Staatsbürger dieses Land aus Angst verlassen. Sie haben ein Recht darauf, hier zu leben und glücklich zu werden. Aber das PRSP schenkt diesen Menschen überhaupt keine Beachtung. Daher ist es nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben ist! Diesbezüglich ist das Papier reine Augenwischerei.

Viele Parteien haben Religion formal in ihr politisches Programm integriert. Dies hat die gesellschaftliche Ausgrenzung der Minderheiten weiter verschärft. Wenn Bangladesch immer wieder von führenden Politikern als muslimisches Land

Hintergrundinformationen

Gegen PRIP Trust und vier weitere Organisationen sowie den NGO-Dachverband Association of Development Agencies of Bangladesh (ADAB) wurden Ende 2001, durch die damals neu gewählte Regierung, Untersuchungen eingeleitet. Ihnen wurde mangelnde Transparenz und

Rechenschaftslegung sowie politische Parteilichkeit vorgeworfen. Daraufhin sind diesen Organisationen über fünf Jahre keine ausländischen Finanzmittel durch die Regierung Bangladeschs bewilligt worden, obwohl sich die Vorwürfe als falsch herausgestellt haben. Die Organisationen konnten während dieser Zeit ihre Arbeit nicht mehr in angemess-

senem Umfang verfolgen. Etwa 2,5 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, waren davon betroffen. PRIP Trust ist Partnerorganisation von Brot für die Welt. Bis auf ADAB haben während der Amtszeit der Übergangsregierung die betroffenen NGO wieder Genehmigungen für Projekte erhalten.



Foto: Niko Richter

Aroma Dutta ist Geschäftsführerin der bangladeschischen Nichtregierungsorganisation PRIP Trust.

bezeichnet wird, wo ist dann Platz für die Anhänger anderer Religionen? Hindus werden immer öfter ausgeschlossen aus staatlichen Entwicklungsprogrammen, aus dem öffentlichen Dienst, der Armee, den Universitäten, der Politik und Wirtschaft. Und die Situation von hinduistischen Frauen ist noch einmal schlimmer. In Bangladesch wird fast kein Job in diesen Bereichen von einer Frau besetzt, die Hindu ist. Diese Diskriminierung und Chancenungleichheit folgt einem klaren Muster.

Vor der letzten Parlamentswahl im Jahr 2001 wurden systematische Vergewaltigungen eingesetzt, um Frauen aus Minderheitsgruppen daran zu hindern, zur Wahl zu gehen. PRIP Trust hat schnell darauf reagiert und Berichte über diese Verbrechen publiziert. Wir wurden dafür in den darauf folgenden fünf Jahren bitter bestraft. Angehörige von Minderheiten und insbesondere Frauen sollen daran gehindert werden, sich politisch zu engagieren. Sie werden an der Ausübung ihrer Bürgerrechte gehindert. Sie leben in steter Unsicherheit. Daher wurden diese Menschen auch nicht bei der Erstellung des PRSP berücksichtigt. Man hat einfach eine Groß-

zahl von Bürgern Bangladeschs, wie extrem Arme, Unberührbare, Minderheiten und Frauen, außen vor gelassen. Dies ist nichts anderes als systematische Diskriminierung.

NETZ: Gleichstellung der Geschlechter ist das dritte der acht Millenniumsentwicklungsziele. Zeigt das PRSP eine adäquate Strategie auf, um die Armut von Frauen zu reduzieren?

AROMA DUTTA: In dem Papier gibt es keinen klar umrissenen Ansatz, Armut unter Frauen zu reduzieren. Förderung der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern hört sich zwar gut an, aber es bestehen immer noch große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Fortschritte brauchen ihre Zeit. Schließlich muss sich dafür die Denkweise einer ganzen Gesellschaft verändern. Woran es immer noch mangelt, sind handlungsorientierte Ansätze und Aktionen. Frauen haben heute bei Weitem noch nicht dieselben Chancen, um ihre Fähigkeiten in unserer Gesellschaft zu beweisen. Nehmen wir die Gemeinderäte, die Union Parishads, als Beispiel. Seit 1997 müssen drei seiner dreizehn gewählten Mitglieder Frauen sein. Wie viele

dieser Frauen können sich bei der Planung der Gemeindeaktivitäten einbringen? Fast keine! Der Großteil ihrer männlichen Kollegen denkt und redet schlecht über sie. Auch heute werden fast alle politischen Entscheidungen ausschließlich von Männern getroffen. Die gewählten Vertreterinnen werden isoliert. Sie werden oft nicht in den Planungsprozess der Gemeinde eingebunden. Und so können sie auch den Wählern keine Ergebnisse ihrer Arbeit, wie zum Beispiel den Bau von Straßen oder Wasserkanälen, präsentieren.

Aber es gibt viele fähige Frauen in unseren Gemeinderäten. Sufia Begum, die ich erst kürzlich traf, ist eine von vielen. Sie erhielt einen Bauauftrag für einen Kanal. Aufgrund ihrer sorgfältigen Planung konnte mit dem zur Verfügung stehenden Geld der Kanal und noch eine zehn Kilometer lange Straße gebaut werden. Ihre männlichen Kollegen, so sagten es mir die Bewohner des Ortes, hätten nicht einmal den Kanal mit Geld errichten können. Sufia sagte mir: „Ich werde keine Straßen von meinem Haus zum Marktplatz oder zum Gebäude des Gemeinderats bauen, sondern von unserem Dorf zur Schu-

le.“ Frauen wie Sufia Begum wollen ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen, um von der Bevölkerung wieder gewählt zu werden. Aber diese Frauen brauchen noch viel mehr Gelegenheiten, um sich beweisen zu können. Sie sind viel verantwortungsbewusster als die meisten ihrer männlichen Kollegen.

NETZ: Am 8. März hat der Chef der Übergangsregierung die Richtlinien einer neuen Frauenentwicklungspolitik vorgestellt. Kurz darauf organisierten islamistische Organisationen und Parteien öffentliche Proteste und lieferten sich gewalttätige Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Wie bewerten Sie dies?

AROMA DUTTA: Ich bin von den aktuellen Entwicklungen sehr enttäuscht. In der neuen Richtlinie sollten Rechte, die von der BNP-geführten Regierung im Jahr 2004 rückgängig gemacht wurden, wieder aufgenommen werden. Aber nur vier Wochen nach Verkündung der neuen Richtlinie gab die Übergangsregierung dem öffentlichen Druck der Fundamentalisten in unserem Land nach. Einige Minister stellten sie plötzlich wieder in Frage und beriefen eine Komitee unter Leitung des Vorsitzenden der Nationalen Moschee, einem konservativen Hardliner. Offiziell heißt es nun, dass die Richtlinie immer noch „unter Bearbeitung“ ist. Wo leben wir eigentlich? Ist dies ein säkulares Land oder werden wir von religiösen Fundamentalisten und Extremisten regiert? Sind wir Frauen und Angehörige von Minderheiten nur Staatsbürger vierter Klasse? Wir entwickeln uns nicht weiter, sondern zurück. Jetzt wird sogar die Ratifizierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen infrage gestellt. Wohin soll das noch führen? Sollen denn alle Entwicklungen zurückgedreht werden? Ich erwarte eine Zunahme von Diskriminierungen

gegen Frauen und Minderheiten in den kommenden Jahren.

NETZ: Was sind Ihre Handlungsempfehlungen, um die Zahl der Menschen, die in Armut leben, bis zum Jahr 2015 signifikant zu senken?

AROMA DUTTA: Die Regierung muss endlich die Befugnisse, Funktionalität und Rechenschaftspflicht der Gemeinderäte stärken. Dadurch würde unser gesamtes politisches System vom Grund auf reformiert. Engagierte und verantwortungsbewusste Politiker auf lokaler Ebene sind eine unabdingliche Voraussetzung guter Regierungsführung. Diese Politiker haben ein viel größeres Verantwortungsbewusstsein für die Interessen armer Menschen. Nur so können wir gemeinsam mit unseren Entwicklungspartnern einen umfassenden und, trotz notwendiger lokaler Unterschiede, homogenen nationalen Entwicklungsplan entwickeln.

Wir brauchen eine echte Reform der Bürokratie in unserem Land. Dies würde weit reichende Veränderungen anstoßen. Gegenwärtig ist es immer noch ein veraltetes, hierarchisches und korruptes System. Unsere Bürokraten haben keinerlei Interesse an Dienstleistungen für die Bürger und der Situation von armen Menschen, Frauen und Minderheiten.

Für jeden Sektor sollte ein Aktionsplan entwickelt werden. Hierfür ist ein umfassender und partizipativer Prozess unabdingbar. Mit den zeit- und geldverschlingenden Überlappungen der Arbeit unserer internationalen Entwicklungspartner sollte endlich Schluss sein. Macht einen Plan, wer von euch in welchen Distrikten und in welchen Sektoren arbeitet.

Das Interview führte NETZ-Mitarbeiter Niko Richter in Dhaka.

Anzeige

SÜDASIEN

Zeitschrift des Südasiensbüro e.V. in Bonn

Aktuelle Berichte und
Themenschwerpunkte aus

**Südasiens:
Afghanistan
Bangladesch
Bhutan
Indien
Nepal
Pakistan
Sri Lanka**

SÜDASIEN berichtet viermal jährlich über politische und wirtschaftliche Ereignisse, über Militarisierung und regionale Konflikte, Ökologie und Industrialisierung, Frauen, Landwirtschaft, Menschenrechte und Medien.

**Die Zeitschrift kann
bestellt werden bei:**

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn
Tel. 0176 – 26100979
E-Mail: suedasienbuero@suedasien.de

Bezugsbedingungen der
Zeitschrift:
Einzelheft: 6,50 Euro
Doppelheft: 13 Euro

Jahresabonnement:
Inland: 26 Euro
Ausland: 32 Euro

Vor der Wahl

Minderheiten unter Druck

VON DIRK SAAM & NIKO RICHTER

Die Bewohner eines kleinen Dorfes im Süden Bangladeschs schlafen. Plötzlich zerreißt Lärm die nächtliche Ruhe. Eine Motorradkolonne rollt durch Reisfelder auf das ausschließlich von Hindus bewohnte Viertel zu. Aus dem Schlaf gerissen, laufen die männlichen Bewohner in der Dunkelheit verängstigt und verwirrt auf dem matschigen Vorplatz der Grundschule zusammen. Wenige Augenblicke später werden die knapp 60 Personen von einem Dutzend Motorrädern umrundet. Jeweils zwei, drei junge Männer sitzen auf den Maschinen. Die Motoren heulen laut, Taschenlampen blenden die Eingeschlossenen. Im Licht der Lampen blitzt vereinzelt eine Klinge oder der Lauf einer Waffe. Von einer der Maschinen steigt ein Mann ab. Er ist „Wahlhelfer“ eines Kandidaten für die bevorstehende Parlamentswahl. „Wen werdet ihr nächste Woche wählen?“, brüllt er. Die Dorfbewohner wissen, was sie zu antworten haben. „Ich wusste, dass wir uns auf eure Unterstützung verlassen können. Ich danke euch. Ihr braucht daher erst gar nicht zur Wahl zu gehen. Geht ihr doch, dann kommen wir wieder!“

Systematische Diskriminierung von Minderheiten

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen dafür, was sich in den Tagen und Wochen vor der letzten Parlamentswahl in Bangladesch am 1. Oktober 2001 zugetragen hat. Fast

immer unbemerkt von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern. Physische und psychische Einschüchterungen gehören zum Repertoire der Gruppe jener gewaltbereiten Wahlkämpfer der Parteien. Vor allem religiöse, ethnische und indigene Minderheiten werden Opfer von Bedrohung, Erpressung und Gewaltakten. In Bangladesch gelten sie als Stammwählerschaft säkularer Parteien. So werden sie oft zur Zielscheibe für weniger säkulare und islamistische Parteien.

„Selbst die Stimmabgabe wurde durch offene Fenster hinter den Wahlkabinen überwacht.“

(62-JÄHRIGER LANDWIRT)

Parlamentswahlen sind in Bangladesch meist ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Volksparteien, der Bangladesh Nationalist Party (BNP) und der Awami League, und ihrer Koalitionspartner. Die Stimmen der Minderheiten sind so in manchen Wahlbezirken das Zünglein an der Waage. Dies macht sie an diesen Orten besonders zur Zielscheibe gewaltbereiter Parteianhänger.

Ein 62-jähriger Landwirt aus dem Khulna-Distrikt und selbst Hindu berichtet mit leiser Stimme. Er bittet, seinen Namen nicht zu nennen. „Seit der Unabhängigkeit 1971 hat stets der Kandidat der Awami Le-

ague unseren Wahlkreis gewonnen. Vor der Wahl 2001 hatten sich die Parteien der späteren Regierungskoalition darauf verständigt, dass der Kandidat der Jamaat-e-Islami hier antritt. Niemand hat ihm den Sieg zugetraut. Unser Wahlkreis besteht aus zwei Bezirken. In diesem Bezirk, der viermal mehr Einwohner hat als der Nachbarbezirk, leben über 40 Prozent Hindus. Doch der Jamaat-Kandidat hat mit einem Vorsprung von über 4.000 Stimmen gewonnen. Er ist hierfür ein Bünd-

nis mit dem lokalen mastan (Anm. d. Red.: Gangster-Boss) eingegangen. Dieser, selbst ein Hindu, hat dem Kandidaten die notwendigen Stimmen organisiert. Seine gewalttätige Bande hat die Gegend wochenlang unsicher gemacht. Sie gingen von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus. Oft erst nach

Einbruch der Dunkelheit.“ Zwei Zuhörer bestätigen mit ihrem Nicken seine Ausführungen. Wütend fährt der Mann fort: „Einige Tage vor der Wahl sind sie nachts in unser Haus eingebrochen und haben mich und meine Frau mit Bambusstöcken geschlagen und getreten. Sie drohten, wieder zu kommen, wenn wir und unsere Familie zur Wahl gehen sollten. Wir haben entschlossen, trotzdem von unserem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wenn ihr Kandidat nicht gewonnen hätte, dann wären sie mit Sicherheit wiedergekommen. Bei der Polizei wollte man mir nicht einmal zuhören, als ich von dem Vorfall berichtete. Viele meiner Nachbarn haben

sich einschüchtern lassen und sind nicht zur Wahl gegangen oder haben aus Angst für den Kandidaten der Jamaat gestimmt. Selbst die Stimmabgabe wurde durch offene Fenster hinter den Wahlkabinen überwacht.“

Dieser Bericht des Landwirts ist bei Weitem kein Einzelfall. Nichtregierungsorganisationen zufolge kam es insbesondere nach der letzten Parlamentswahl zu einer Welle der Gewalt gegen Minderheiten: Morde, Schläge, Plünderungen, illegale Landenteignungen, Brandstiftungen und Erpressungen. Mehrere Quellen berichten von einigen hundert Vergewaltigungen als „Racheakte“ in den Wochen nach den Wahlen. Hindus flohen zu Tausenden in den benachbarten indischen Bundesstaat Westbengalen.

Manipulation des Wahlergebnisses

Direkte Beeinflussung von Wählern ist jedoch nur eine von vielen Möglichkeiten, wie das Wahlergebnis beeinflusst werden kann. Im selben Distrikt kam es zu Unregelmäßigkeiten bei der Weitergabe der Wahlergebnisse vom Wahllokal über die Bezirksverwaltung bis hin zum Wahlleiter auf Distrikt-Ebene. Das amtliche Endergebnis der Wahlkommission in Dhaka weist für ein Wahllokal in der Gemeinde Magurghona eine Wahlbeteiligung von erstaunlichen 110 Prozent aus. Den Unterlagen der Bezirksverwaltung zufolge, an die das Ergebnis direkt nach der Auszählung weitergeleitet wird, erhielt der Kandidat der Awami League 916 Stimmen, der Jamaat-Kandidat 647. Dieses Ergebnis wurde am Wahlabend telefonisch dem Wahlleiter des Distrikts mitgeteilt. Dessen handschriftlicher Eintrag auf der noch heute in der Behörde archivierten Wahlergebnisübersicht vermerkt den Jamaat-Kandidaten als Sieger mit 947 Stimmen – ein plötzlicher Zuwachs von 300 Wählerstimmen. Daher die absurd hohe

Wahlbeteiligung. Bei durchschnittlich 100 Wahlzentren pro Wahlbezirk können bei einem knappen Wahlausgang einige solcher „Hör- oder Übertragungsfehler“ wahlentscheidend sein. Nationale und internationale Wahlbeobachter sollten verstärkt ihr Augenmerk auf den ordnungsgemäßen Ablauf der Ergebnisübertragung nach der Auszählung der Stimmen konzentrieren.

Wahlbetrüger bleiben unbestraft

Die letzte von der BNP geführte Regierungskoalition weigerte sich weitgehend, das gewalttätige Vorgehen gegen Minderheiten und offensichtliche Fälle von Manipulationen des Wahlergebnisses zu untersuchen. Dieses mangelnde Gefühl an Verantwortlichkeit, verbunden mit dem wachsenden Einfluss islamistischer Parteien, die nach der Wahl 2001 erstmals an der Regierung beteiligt waren, lässt befürchten, dass auch im Umfeld der kommenden Parlamentswahl eine ähnliche Gewaltwelle Bangladesch überschwemmen könnte.

Forderungen der Zivilgesellschaft

Um zu vermeiden, dass sich in Bangladesch bei der für die dritte Dezemberwoche angekündigte Parlamentswahl ähnliche Szenen wie vor sieben Jahren abspielen, und um eine gleichberechtigte Beteiligung der Minderheiten sicherzustellen, müssen folgende Punkte gewährleistet sein:

- Einleitung rechtlicher Schritte zur Untersuchung der Angriffe auf Minderheiten im Vorfeld und im Anschluss an die Wahl 2001 sowie zur Strafverfolgung und Verurteilung der Verantwortlichen.
- Sicherstellung durch die Übergangsregierung und Wahlkommission, dass das Ergebnis der

bevorstehenden Parlamentswahl nicht durch Gewaltakte gegen Minderheiten und Wahlbetrug verzerrt wird. Dafür müssen die Behörden:

1. verstärkt Sicherheitskräfte in Wahlbezirken einsetzen, die vornehmlich von Minderheiten bewohnt werden, und diesen öffentlich den Befehl erteilen, Gewaltakte im Vorfeld, am Wahltag und im Anschluss an die Wahlen zu verhindern bzw. Gewalttäter zu verhaften,
 2. sich für die Untersuchung von Gewalttaten und Wahlbetrug und die Bestrafung der Täter verantwortlich zeigen,
 3. die technischen Voraussetzungen schaffen, dass die Wahlergebnisübertragung transparent wird, z.B. durch Freisprechanlagen im Büro der Wahlleitung.
- Internationale und nationale Wahlbeobachter konzentrieren sich vornehmlich auf Wahlbezirke, die von Minderheiten bewohnt werden. Nach Ende der Stimmabgabe sollte jeweils ein internationaler Wahlbeobachter die Ergebnisübertragung im Büro des Wahlleiters begleiten.

Dirk Saam ist entwicklungspolitischer Referent bei NETZ. Niko Richter ist NETZ-Mitarbeiter und war Anfang 2007 Wahlbeobachter für das „National Democratic Institute for International Affairs“ (NDI) in Bangladesch.

Kohletagebau in Phulbari

Widerstand der Bevölkerung zeigt Wirkung

VON PHILIP GAIN / ÜBERSETZUNG: FELIX GROH

Im August 2006 schaute ganz Bangladesch auf den Widerstand der Bevölkerung gegen den geplanten Kohletagebau in Phulbari im Nordwesten des Landes. Tausende Menschen gingen in der kleinen Stadt auf die Straße, um gegen die britische Betreiberunternehmen Asia Energy und die Regierung Bangladeschs zu demonstrieren. Die Sicherheitskräfte schossen auf die Demonstranten und töteten drei Menschen.

50.000 Menschen, darunter viele Angehörige indigener Minderheiten, Landwirte, Lehrer, Studenten und Lokalpolitiker, beteiligten sich am 26. August 2006 an einer Protestaktion gegen den geplanten Kohletagebau. Sie forderten die Einstellung des Projekts. Der Protest wurde vom „Nationalen Komitee zur Sicherung von Bodenschätzen“ organisiert. Die Demonstranten begannen ihren Marsch in Richtung des Büros von Asia Energy. Einige Kilometer vor dem Büro wurden sie durch Barrikaden der Sicherheitskräfte gestoppt. Hier eröffnete die bangladeschische Grenzpolizei schließlich das Feuer auf die Demonstranten. Drei Menschen wurden getötet und Hunderte verletzt. Das Blutvergießen zog tagelange Proteste in Phulbari nach sich.

Am vierten Tag des Protestes willigte die Regierung schließlich ein, alle Forderungen der Demonstranten zu erfüllen. Die meisten Forderungen bezogen sich auf das Ende des geplanten Kohletagebaus und ein Arbeitsverbot für das britische Unternehmen in Bangla-

desch. Die Regierung stimmt auch zu, geplante Tagebauprojekte im ganzen Land zu stoppen. Die Regierung machte Zusagen, die Familien der getöteten Demonstranten mit umgerechnet jeweils 2.270 Euro zu entschädigen. Für die Versorgung der Verletzten und als Entschädigung für die Zerstörung von Hotels, Restaurants und Häusern sollten 10.170 Euro gezahlt werden. Daraufhin kehrten die Demonstranten in ihre Häuser zurück. Die versprochenen Gelder sind bis heute nur an wenige Personen ausgezahlt worden.

Was in Phulbari passierte, ist eine Tragödie und inakzeptabel. Aber wie kam es überhaupt dazu und was hat sich seit dem Ende der Demonstration weiter getan?

Kohletagebau: Gewinn- und Verlustrechnung

Bangladesch ist arm an Bodenschätzen. Zwar geben die Gasreserven ein wenig Hoffnung, können jedoch den Energiebedarf des Landes nicht langfristig decken. Kohle entwickelte sich in den letzten Jahren zum Hoffnungsträger. In Phulbari befindet sich eine von fünf wichtigen Minen im Norden Bangladeschs. Ihre Kohlereserven werden auf 572 Millionen Tonnen geschätzt. Ihre Fläche erstreckt sich über das Gebiet hunderter Dörfer und tausender Quadratkilometern fruchtbaren Ackerlandes. Die Fläche für den geplanten Kohleabbau beträgt 59 Quadratkilometer.

Aus Angst vor Vertreibung von ihrem Land und aus ihren Häusern erhoben die Menschen in Phulbari ihre Stimmen und riefen zum Protest auf. Angaben von Asia Energy zufolge könnte Bangladesch in den 30 Jahren, die als Laufzeit der Mine vorgesehen sind, Gewinne von sieben Milliarden US-Dollar erwirtschaften. Ein neues Kohlekraftwerk würde jährlich ein Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes beitragen. Hierfür müssten jedoch ca. 50.000 Menschen umgesiedelt werden, so Asia Energy. Demgegenüber steht ein Gutachten einer unabhängigen Expertengruppe, das von insgesamt 220.000 Umsiedlungen ausgeht.

Das Gebiet der geplanten Mine ist sehr fruchtbar. Die Region um Phulbari ist eine der Kornkammern des Landes. Professor Anu Mahumud, Vorstandsmitglied des „Nationalen Komitees zur Sicherung von Bodenschätzen“, bezeichnet das Projekt als „Raub der Industrienationen an den natürlichen Ressourcen armer Länder“. Das Unternehmen gibt an, die Betroffenen des Umsiedlungsprogramms finanziell zu entschädigen. Dies wäre jedoch ein Desaster für die Gemeinden und Bewohner der Region, denn fruchtbares Ackerland und zehntausende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gingen verloren.

Auswirkungen auf die Umwelt

Ein wichtiger Aspekt von Tagebauminen sind die ökologischen

Auswirkungen. Sollte das Vorhaben von Asia Energy realisiert werden, wäre das entstehende Loch der Mine deutlich größer als die kontrovers diskutierte Tagebauminne „Garzweiler 2“ in Deutschland. Experten gehen von fatalen Folgen für die Umwelt aus. Der Abbau hätte eine massive Verschmutzung des Bodens und des Grundwassers zur Folge. Eine vorgelegte Studie von Asia Energy basiere auf mangelhaften Stichproben und Testbohrungen.

Die Auswirkungen für die Region wären:

- Austrocknung des Umlandes durch Entwässerung der Mine zur Trockenlegung des Bodens.
- Gifte, die durch den Abbau entstehen, könnten die Region über Jahrzehnte verseuchen.
- Dynamitsprengungen verseuchen das Land.
- Im gesamten Minengebiet würden schwere Maschinen eingesetzt werden. Dies führt zu einer enormen Lärmbelastung für Menschen und Tiere.
- Der entstehende Kohlestaub verschmutzt die Luft.
- Das Wasser zum Reinigen der Kohle würde teilweise ungefiltert in die Natur geleitet und so unzählige Mikroorganismen zerstören.

Die Kohleschicht in Phulbari beträgt nach Angaben von Asia Energy 38 Meter. Hierfür müsste eine Erdschicht von bis zu 250 Metern abgetragen werden. Dies hinterlässt ein sehr tiefes Loch im Erdreich. Das Unternehmen gibt an, die Grube mit Mutterboden wieder aufzufüllen. Es ist unklar, ob dies

passiert und wann das Land wieder kultiviert werden kann. Nach 30 Jahren soll der Abbau abgeschlossen

den. Trotz des Widerstandes der Menschen in Phulbari will das Unternehmen weiter mit der bangladeschischen Regierung über ein Abkommen zum Tagebau verhandeln.



Protestmarsch zum Büro von Asia Energy am 26. August 2006.

Foto: Philip Gain

sein. Ein See soll entstehen als Frischwasserreservat und für die Fischerei. Dies ist kaum umsetzbar, da die toxischen Substanzen den Boden über Jahrzehnte verseuchen würden.

Eine Reduzierung dieser Umweltschäden ist kaum möglich. Das britische Unternehmen verspricht, die Verschmutzungen in einem toleranten Rahmen zu halten. Es ist allerdings fraglich, ob geeignete Maßnahmen getroffen werden, da dies immense Kosten verursacht. Und es ist völlig unklar, wer die Kosten dafür trägt.

Die Zukunft des Kohletagebaus in Phulbari

Die Menschen in der Region sind nicht gegen den Kohleabbau im Allgemeinen. Sie wehren sich allerdings gegen den Kohletagebau. Sie fordern, dass der Abbau von einem bangladeschischen, und nicht von einem ausländischen Unternehmen vorgenommen werden sollte. Die Regierung hat gegenwärtig ein Expertenkomitee eingesetzt, um die Studie von Asia Energy zu überprüfen. Die Kritik der Bevölkerung soll ebenfalls berücksichtigt wer-

den. Die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) hatte zunächst Zusagen gemacht, das geplante Projekt mit insgesamt 300 Millionen US-Dollar zu unterstützen. In einem offenen Brief kritisierten Vertreter der bangladeschischen Zivilgesellschaft und von über 60 internationalen Organisationen dieses Vorhaben. In dem Schreiben machten sie auf die verheerenden Auswirkungen aufmerksam. Unter diesem Druck gab die ADB nach und zog die Absichtserklärung zurück.

Bangladesch benötigt keine reine Kohlestrategie, sondern eine angepasste Energiepolitik. Experten mahnen, dass sowohl die Befürchtungen und Erwartungen der Bewohner der Region sowie die Vor- und Nachteile für die betroffenen Gemeinden, als auch nationale Interessen berücksichtigt werden müssen. Eine effiziente bangladeschische Energie- und damit auch Kohlepolitik kann nur im Einklang mit dem Willen der Bevölkerung entwickelt und umgesetzt werden.

Philip Gain ist Geschäftsführer der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Society for Environment and Human Development. Er arbeitet als freier Journalist.



Wir sind erfolgreich!

Ein Kommentar zur aktuellen Situation in Bangladesch

VON MAHFUZ ANAM / PROTOKOLL: PATRIZIA HEIDEGGER

Gekürzter Beitrag von Mahfuz Anam auf der Tagung des Bangladesch Forums im April 2008 in Berlin.

Vor zwei Jahren habe ich Sie gefragt: Wird es in Bangladesch faire und freie Wahlen geben? Heute stelle ich Ihnen dieselbe Frage noch einmal. Was habe ich Ihnen denn vor zwei Jahren geantwortet? Hoffentlich. Dabei bleibe ich: Hoffentlich! Ich glaube, dass wir Ende dieses Jahres Wahlen haben werden. Diese werden, das ist meine Erwartung, frei und fair sein. Und so werden wir hoffentlich wieder den demokratischen Weg einschlagen, den wir alle anstreben.

Bevor ich mich nun der aktuellen politischen Situation zuwende, möchte ich mit Ihnen ein paar meiner Gedanken zu Bangladesch teilen. Es ist meine Überzeugung, dass Bangladesch viel zu oft als Problem und nicht als Herausforderung wahrgenommen wird. Die internationale Gemeinschaft kennt die Probleme des Landes nur zu gut. Aber sie erkennt unsere Erfolge nicht. Es ist Ironie des Schicksals, dass unsere bedeutenden Erfolge von unseren großen Misserfolgen aufgewogen werden. Wenn man nur die Erfolge und Misserfolge einmal getrennt betrachten könnten, dann wären die Erfolge für sich sehr eindrucksvoll.

Wir sind 1971 unabhängig geworden. Damals lebten 75 Millionen Menschen in Bangladesch, heute

sind es 150 Millionen Menschen. Wenn wir von der weltweiten Nahrungsmittelkrise dieses Jahr einmal absehen, dann sind wir, was die Ernährung unserer Bevölkerung angeht, fast unabhängig. Es sind die Landwirte, die dieses Wunder vollbracht haben. Bei den sozialen Entwicklungsindikatoren der Vereinten Nationen sind wir weit besser gestellt als viele andere Länder. Ich bin sehr stolz auf die Frauenbewegung in Bangladesch. In unserem Land sind Frauen stark benachteiligt. Sie werden überall diskriminiert, und trotzdem haben wir eine der lebhaftesten Frauenbewegungen der Welt. Schauen Sie sich unsere Nichtregierungsorganisationen an. Ja, es gibt dort auch Korruption. Aber das ist nicht das wahre Bild dieses Sektors. Wenn es einen Bereich gibt, in dem wir Pionierarbeit geleistet haben, dann hier! Das BRAC-Modell (Bangladesh Rural Advancement Committee, BRAC) für die vorschulische Bildung wird in 43 Länder weltweit nachgeahmt. Auch wenn wir in manchen Bereichen noch nicht die erwünschten Fortschritte erzielt haben, sind wir doch in anderen ganz weit vorn. Kleinkredite sind ein Geschenk Bangladeschs an die Welt. Ich weiß, es ist nicht die Allheilmittel für die Armutsbekämpfung. Aber es ist eine der kreativsten Ideen, die die Welt in letzter Zeit gesehen hat.

Aber wie sieht es aktuell in Bangladesch aus? Die Übergangsregierung mit all ihren Fehlern – sie ist keine demokratisch gewählte Re-

gierung und sie wird vom Militär unterstützt – verdient trotzdem für die meisten ihrer bisherigen Handlungen unsere Unterstützung. Die Reform der Wahlkommission ist ein deutliches Zeichen für die Unabhängigkeit dieser Behörde. Die neue Wählerliste ist die beste Liste, die wir je hatten. Und hierfür muss man der Armee danken. Ohne ihre Hilfe wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ob die Liste die religiöse Mehrheit bevorzugt, muss untersucht werden. Wenn das bewiesen wird, müssen wir uns dagegen auflehnen. Wenn nicht, müssen wir dankbar sein. Wir haben uns nie vorstellen können, dass wir eine Wählerliste mit Fotos haben könnten oder bald sogar Personalausweise bekommen werden. 80 Millionen Personalausweise in gut einem Jahr – das alles klingt für mich sehr ermutigend.

Fakhruddin Ahmed, der Chef der Übergangsregierung, und der Oberbefehlshaber der Armee, General Moeen Uddin Ahmed, haben wiederholt bekräftigt, dass die Parlamentswahlen in diesem Jahr stattfinden werden. Der Oberbefehlshaber hat ausdrücklich gesagt, dass die Armee kein Interesse daran hat, sich in die Politik einzumischen. Wir haben das Gegenteil aber schon erlebt: Militärführer, die uns das Blaue vom Himmel herab versprochen, und nur schlechte Taten vollbringen. Wir müssen abwarten, aber ich glaube, dass Moeen Uddin Ahmed keine politischen Ambitionen hat. Aber ich sage es noch ein-

mal: Wir müssen abwarten.

Wird die Demokratie jetzt aufblühen durch das, was unsere von der Armee gestützte Übergangsregierung macht? Nein. Aber sie kann es, wenn unsere Zivilgesellschaft unparteiisch und mit einer klaren Vision handeln kann. Bangladeschs politische Landschaft ist stark polarisiert. Das Land hat zwei starke Parteien hervorgebracht, die Bangladesh Nationalist Party und die Awami League. Das hätte gut für Bangladesh sein können: ein stabiles Zweiparteiensystem. Doch diese beiden Parteien haben die Demokratie nicht gestärkt, sondern

ausgehöhlt. Die Vertreter der Zivilgesellschaft wurden so zur Stimme der Mehrheit der Bevölkerung.

Vor der letzten Wahl hat sich die Zivilgesellschaft zusammengetan und landesweit Treffen organisiert. Viele Empfehlungen sind aus diesem Dialog hervorgegangen. Das war eine erste zivilgesellschaftliche Initiative. Und die Übergangsregierung setzt diese Empfehlungen jetzt um. Dazu zählt eine reformierte Kommunalverwaltung. Oder auch die Auskunftspflicht derer, die sich zu den Parlamentswahlen aufstellen lassen. Das heißt, wenn ich Parlamentsabgeordneter werden will,

muss ich u.a. meinen Bildungsweg, meine Einnahmequellen, die Finanzierung für die Wahlkampagne und mein polizeiliches Führungszeugnis offen legen. Sie denken vielleicht, dass das selbstverständlich ist. Aber diese Verpflichtungen gab es vorher nicht. Dies ist das direkte Ergebnis einer zivilgesellschaftlichen Initiative.



Mahfuz Anam ist Journalist und Herausgeber der englischen Tageszeitung Daily Star.

MELDUNGEN AUS BANGLADESCH

Britische Regierung für Kohletagebau

Ende Juni wurde bekannt, dass die britische Regierung aktiv bei der Übergangsregierung von Bangladesch dafür wirbt, dass britische Unternehmen grünes Licht für den Tagebau von Kohle erhalten. In Phulbari, im Norden Bangladeschs, lagern mehr als 570 Millionen Tonnen Kohle hoher Qualität. Da die Kohle nur in rund 150 Meter Tiefe liegt, könnte sie im Tagebau gefördert werden. Angaben der englischsprachigen Tageszeitung Daily Star zufolge, benötigt Bangladesch dreizehn Millionen Tonnen Kohle pro Jahr, um seinen Energiebedarf zu decken. Derzeit leidet Bangladesch unter einer chronischen Unterversorgung mit Energie und regelmäßigen, langen Stromausfällen. Seit den 1990er Jahren verfolgen bereits mehrere bangladeschische Regierungen den Plan, die Förderung durch ausländische Unternehmen zu

genehmigen. 1994 erhielt zunächst der internationale BHP-Konzern eine Lizenz zum Abbau in Phulbari. Das Unternehmen aus Australien, eines der führenden weltweit, gab die Lizenz jedoch wieder ab, da es ursprünglich damit gerechnet hatte, dass die Kohle weniger tief lagere. Die in London ansässige Asia Energy erhielt schließlich den Vertrag 1998.

Der deutsche Tagebau ist die größte menschengemachte Landschaftsveränderung in Mitteleuropa. Zahlreiche Ortschaften sind ihm zum Opfer gefallen. Auch in Phulbari würde das Vorhaben Expertenangaben zufolge bis zu 220.000 Menschen zur Umsiedlung zwingen, wertvolles Ackerland zerstören und die Trinkwasserversorgung in der gesamten Region gefährden. Aus diesem Grund stürmten am 26. August 2006 viele Tausend Demonstranten das lokale Büro von Asia Energy. Dabei wurden drei Menschen von Sicherheitskräften erschossen. Die Regierung stoppte daraufhin die

Vorbereitungsarbeiten zum Kohletagebau. Asia Energy änderte nach dem Vorfall seinen Namen in Global Coal Management PLC. (ph, nr)

Massenverhaftungen

Anfang Juni verhafteten die Sicherheitskräfte rund 25.000 Menschen in Bangladesch. Regierungsangaben zufolge sollte die Verhaftungswelle die Sicherheitslage vor den Wahlen stabilisieren. Der Polizeisprecher von Dhaka sagte, es gehe vor allem darum, illegalen Waffen- und Drogenbesitz einzudämmen und ausstehende Haftbefehle durchzuführen. Während den Verhaftungen konnten zahlreiche Waffen sichergestellt werden. Die Zeitungen berichteten allerdings, dass unter den Festgenommenen nicht nur mutmaßliche Gewalttäter, sondern auch Journalisten und einfache Parteimitglieder waren. (ph, nr)

Verbindungsstraße nach Birma

Das Verkehrsministerium gab Anfang Juni bekannt, dass bereits im kommenden Jahr das fehlende Teilstück einer Verbindungsstraße zwischen Birma und Bangladesch gebaut werden soll. Der 25 Kilometer lange Straßenabschnitt soll die Menschen beider Länder näher zusammenbringen und die wirtschaftlichen Beziehungen fördern. Nur zwei Kilometer der Straße werden auf bangladeschischem Staatsgebiet liegen, die restlichen 23 km verlaufen auf birmesischem Territorium. Die Verbindung soll außerdem Teil eines größeren Straßennetzwerks zwischen Bangladesch, China und Südostasien werden. Seit 1994 gibt es Gespräche über eine Direktverbindung zwischen Bangladesch und Birma. Bisher gibt es keine Straße zwischen den beiden Ländern, die für den Lastkraftverkehr ausgerichtet ist. (ph, nr)

Abitur zu teuer

Mehr als 23 Prozent der Schüler, die in der 11. Klassen für das Higher Secondary Certificate (Anm. d. Red.: Entspricht in etwa dem deutschen Abitur) angemeldet waren, legten die Prüfung in diesem Schuljahr nicht ab. Grund sind finanzielle Engpässe in den Familien, die durch die Preissteigerungen in den letzten Monaten verschärft worden sind. In den letzten zwei Jahren ist die Kaufkraft der Menschen stetig gesunken, während Schulmaterialien und Gebühren immer teurer geworden sind. Aus diesem Grund konnten viele Eltern die Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr tragen. Außerdem mangelt es besonders in den Fächern Englisch und Mathematik

an gut ausgebildeten Lehrkräften. Viele Eltern sind gezwungen, ihren Kindern Nachhilfestunden zu zahlen. „Vor allem in ländlichen Regionen können die Familien die Gebühren für den zusätzlichen Unterricht nicht entrichten“, betont der angesehene Bildungsexperte Professor Zillur Rahman Siddique. Rund 88 Prozent der Schüler an staatlichen Schulen sind auf Nachhilfeunterricht angewiesen. Mehr als 143.000 Schüler sind laut Bildungsministerium in diesem Schuljahr nicht zum Abitur angetreten und verließen die Schule ohne Abschluss. (ph, nr)

80 Millionen Wähler registriert

Ende Juli verkündete der Chef der Übergangsregierung, Fakhrudin Ahmed, die Fertigstellung der vollständig überarbeiteten Wählerliste. Im Laufe eines Jahres sind rund 80 Millionen Wähler registriert worden. Vertreter der internationalen Gemeinschaft lobten explizit die Erstellung der neuen Liste und ihre Qualität. Fakhruddin Ahmed betonte, dass die Registrierung der Wähler ein Meilenstein für allgemeine und freie Parlamentswahlen ist, die in der dritten Dezemberwoche abgehalten werden sollen. Die Liste beinhaltet zur eindeutigen Identifizierung Fotos und Fingerabdrücke aller Wähler. Die bisherigen Wählerlisten waren immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt, da sie unvollständig und fehlerhaft waren. Viele Bürger waren nicht registriert, andere mehrfach aufgelistet. Beobachter hatten vor allem kritisiert, dass die alten Wählerlisten insbesondere Angehörige von religiösen, ethnischen und indigenen Minderheiten diskriminierte. Nun sollen auch rund 160.000 Urdu sprechende Biharis, die seit 1971 in Bangladesch leben,

das Wahlrecht erhalten.

Am 4. August wurden die Bürgermeister in mehreren Städten, u.a. in Barisal, Khulna, Rajshahi und Sylhet, gewählt. Dies waren die ersten Wahlen, seitdem die vom Militär unterstützte Übergangsregierung am 12. Januar 2007 die Macht übernommen hat. Beobachtern zufolge verliefen die Wahlen friedlich, fair und frei. Sie wurden als Probelauf für die Parlamentswahlen im Dezember gesehen. Bei den Gemeindewahlen siegte die Awami League klar vor der immer noch krisengeschüttelten Bangladesh Nationalist Party. (ph, nr)

Tarique Rahman frei

Tarique Rahman, Sohn von Khaleda Zia, der letzten gewählten Premierministerin Bangladeschs, ist am 4. September 2008 gegen die Zahlung einer Kaution aus der Haft entlassen worden. Gegen den stellvertretenden Generalsekretär der Bangladesh Nationalist Party (BNP) sind 13 Verfahren, u.a. wegen Amtsmissbrauchs, anhängig. Er war im März 2007 von den Sicherheitskräften verhaftet worden. Im Juli 2008 war bereits sein jüngerer Bruder Arafat Rahman Koko aus medizinischen Gründen aus der Haft entlassen worden. Tarique Rahmans Anwalt gab an, dass sein Mandant sich zunächst im Ausland in ärztliche Behandlung begeben wird, um sich von den Strapazen der Inhaftierung und einer Verletzung, die er sich Mitte August im Gefängnis zugezogen hatte, zu erholen. Zeitungsberichten zufolge ist nun auch der Weg frei, um mit der ebenfalls inhaftierten Khaleda Zia über die Bedingungen einer Haftaussetzung zu verhandeln, um so die Teilnahme der BNP bei den für die dritte Dezemberwoche angekündigten Parlamentswahl sicher zu stellen. (nr)

GESCHÄFTSSTELLE

Neue Mitarbeiterin

Tief beeindruckt von vielen Begegnungen in Bangladesch in ihrer Kindheit und einem Freiwilligendienst



Neu in der Geschäftsstelle: Diana Hoffmann

mit NETZ 1991 bis 1992, entwickelte Diana Hoffmann einen großen Respekt für diejenigen, die in Bangladesch um ihre tägliche Existenz kämpfen, ebenso wie für die vielen Unterstützer in Deutschland.

Ihr beruflicher Werdegang führte sie über die Bereiche „Marketing Management“ und „Coaching“ seit dem 1. Juli 2008 ins NETZ-Team. Hier bringt sie engagiert ihren betriebswirtschaftlichen Hintergrund als Kaufmännische Leitung in der Geschäftsstelle in Wetzlar ein. Als Ihre Ansprechpartnerin für individuelle Spenden-Engagements freut sie sich auf lebendige und partnerschaftliche Begegnungen. Fragen per E-Mail oder Telefon an:

Diana Hoffmann
Tel.: 06441- 26585
E-Mail: hoffmann@bangladesch.org

Terminankündigung

Vom 17. bis 19. Oktober findet in Hannover die diesjährige Bangladesch-Konferenz des „Arbeitskreis Bangladesch in Niedersachsen“ statt. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Sharaf Uddin Ahmed.

E-Mail: akbin-hannover@gmx.net

NETZ 3/2008

AKTION

Tanabata-Aktion

In der japanischen Tradition des Tanabata werden am Vorabend des 7. Juli Bambusbäume aufgestellt. An diese hängen Menschen Zettel mit Wünschen, in der Hoffnung, dass sich diese erfüllen. Der 7. Juli 2008 war auch der erste Tag des diesjährigen G8-Gipfels auf der japanischen Insel Hokkaido. An der Tradition des Tanabata orientierte sich die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“. Bereits viele Wochen vor dem G8-Gipfel haben Nichtregierungsorganisation, Eine-Welt-Initiativen, Kirchengemeinden, Vereine und Privatpersonen Forderungen, wie nach mehr Bildung oder besserer Gesundheitsversorgung, an die G8 auf Wunschzetteln formuliert. Dank des Engagements vieler Ehrenamtlicher konnte NETZ 280 Wunschzettel sammeln. Auf den Zetteln haben die Menschen ihre Wünsche, Anliegen und Forderungen zum Thema Armutsbekämpfung formuliert. Unter den

Botschaften befanden sich auch 60 gemalte Bilder von bangladeschischen Grundschulkindern, die ihre Vorstellungen von einer gerechten Welt kreativ umgesetzt hatten. Anfang Juli trug NETZ alle Wunschzettel nach Berlin. Dort wurden sie an Bambusbäumen aufgehängt, die zuvor vor dem Bundeskanzleramt aufgestellt worden waren. Claudia Warning, Vorsitzende des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), übergab die Anliegen der Menschen an einen Vertreter der Bundesregierung. Es wurden insgesamt 10.000 Stimmen zusammengetragen. Diese sollen die Bundesregierung an ihr Versprechen erinnern, die weltweite Armut zu bekämpfen und bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu reduzieren. Vielen Dank an alle, die sich für die Menschen in Bangladesch eingesetzt und mitgemacht haben!



Foto: Marian Glaser

Unterstützen Tanabata-Aktion mit ihren Bildern: Schulkinder aus Bangladesch.

Einsatz in Bangladesch



Foto: Norman Neubauer

Die neuen NETZ-Freiwilligen kurz vor ihrer Ausreise nach Bangladesch.

Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst in Bangladesch ist fester Bestandteil der Arbeit von NETZ. Seit 1991 haben über 60 junge Menschen in meist ländlichen Gebieten ehrenamtlich in Selbsthilfe-, Bildungs- und Menschenrechtsprojekten mitgearbeitet. Das interkulturelle und entwicklungspolitische Lernen steht im Vordergrund. Für die Freiwilligen ist der Einsatz vor allem eine Chance, sich mit der Lebenswirklichkeit der Menschen in Bangladesch auseinanderzusetzen. Zurück in Deutschland werden sie am Beispiel Bangladesch zu Multiplikatoren für die Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit. Fünf Freiwillige leisten ab September 2008 einen einjährigen Freiwilligendienst. NETZ stellt sie hier – von links nach rechts – vor.

Laura Grupp ist 19 Jahre alt, wohnt in Ravensburg und hat im Sommer ihr Abitur abgelegt. Sie wird im nächsten Jahr bei *Gana Unnaya Kendra* im Bildungsbereich mitarbeiten.

Die 19-jährige Abiturientin **Lisa Szepan** stammt aus Lüdenscheid. Im nächsten Jahr wird sie in Bangladesch die Arbeit von *Udayan Swabolombee Sangstha* im Bildungsbereich unterstützen.

Peter Klöpping ist 19 Jahre, kommt aus Bad Oeynhausen und hat im Sommer sein Abitur abgelegt. Er leistet mit NETZ einen „Anderen Dienst im Ausland“ anstelle des Zivildienstes. In Bangladesch wird er die Grundschararbeit für indigene Kinder von *Ashrai* unterstützen.

Die 23-jährige **Corinna Brandenburger** hat im Sommer einen Bachelor in Vergleichender Kultur- und Religionswissenschaft an der Philipps-Universität in Marburg abgelegt. In Bangladesch leistet sie nun einen Beitrag zur Menschenrechtsarbeit von *Ain o Salish Kendra*.

Lisa Kronauer ist 28 Jahre alt und lebt in Berlin. Ende 2007 hat sie ihr erstes Staatsexamen in den Fächern Geographie und Englisch abgelegt.

Nun geht sie für ein Jahr nach Bangladesch, um vor Ort *Jagorani Chakara Foundation* im Bereich Selbsthilfe für die Ärmsten zu unterstützen.

Neugierig geworden?

Auf www.bangladesch.org/tagebuch berichten die Freiwilligen regelmäßig von ihren Erlebnissen und ihrer Arbeit in Bangladesch.

Die Beschreibung der Aufgaben- und Anforderungsprofile sowie alle weiteren Informationen zum Freiwilligendienst ab September 2009, u.a. Finanzierung, Ablauf, Bewerbungsverfahren, entnehmen Sie bitte der Website von NETZ: www.bangladesch.org/freiwilligendienst

Bewerbungen und Fragen per E-Mail an:
Niko Richter
richter@bangladesch.org

SHAHADUZZAMAN

Die Jungs erzählen

Wir waren gerade in ziemlicher Hochstimmung. Den ganzen nächsten Monat würden wir nichts tun – so hatten wir es beschlossen. Nichts, außer uns im Fernsehen die Fußball-Weltmeisterschaft anzusehen. Den Boss hatten wir gebeten: „Boss, geben Sie uns diesen Monat keine Aufträge.“

Wir hatten schon Wetten abgeschlossen, wer Weltmeister würde. Aber da kam dieser Direktor, klein wie eine Maus und alt dazu, und machte Schwierigkeiten. Er gab den Termin für den Beginn der Vorprüfungen bekannt. Und wer die Vorprüfungen nicht ablegte, würde nicht zum Abschlussexamen zugelassen. Dieser Termin war genau einen Tag vor dem Eröffnungsspiel. Tickte er nicht mehr richtig? Als ob das die Zeit für eine Prüfung wäre! „Die Prüfung muss verschoben werden“, sagten wir dem Direktor. „Warum?“ fragte er? „Weil wir uns die Weltmeisterschaftsspiele ansehen wollen.“ – „Die Prüfung ist wichtiger als Fußball“, antwortete er. ‚Willst etwa du uns vorschreiben, was wichtig ist?‘ dachten wir. Nachdem wir unser Anliegen noch ein paar Mal wiederholt hatten, warf er uns aus dem Zimmer.

Der hatte Mut! Wir waren sprachlos. Aber wir hielten ihm zugute, dass er neu war. Er wusste vieles nicht. Nur blieb uns nicht viel Zeit. Wir mussten schnell etwas

unternehmen. Wir überlegten, ob wir den Boss vorschicken sollten. Nein, sagten wir uns, ihn in eine so geringfügige Sache einzuspannen, machte keinen Sinn.

Stattdessen gingen wir noch am gleichen Abend zum Direktor nach Hause. Wir sagten ihm, dass er aus dem zweiten Stock herunterkommen sollte. Sobald er unten war, packte ihn einer am Kopf und sperrte ihm den Mund auf. Ein anderer steckte ihm den Pistolenlauf voll hinein. „Morgen früh hängt du in aller Stille eine Notiz ans Brett, dass die Prüfung abgesetzt ist, Freundchen.“

Am nächsten Morgen sahen wir, dass der Direktor ein Meeting aller Lehrkräfte einberufen hatte. ‚Aha, hat der Kerl also doch Angst gekriegt‘, sagten wir uns. Aber am Schluss des Meetings kam es ganz anders. Er hängte die Mitteilung an, dass wir exmatrikuliert worden waren.

War der Kerl verrückt? Was sollte diese Sturheit? ‚Na gut, du Maus‘, sagten wir uns, ‚dann spielen wir eben ein bisschen mit dir.‘

Am nächsten Tag zogen wir wieder zur Wohnung des Direktors. Wir warfen zwei Cocktails, die krachend explodierten – einer auf seinem Balkon, der andere auf dem Dach. Beim Weggehen schlugen wir dem Pförtner einen Knüppel auf den Kopf und ließen ihn bewusst-

los liegen. Später hörten wir, dass die Frau des Direktors vor Angst die Treppe herunter gerannt war und sich ein Bein gebrochen hatte. Ob es jetzt bei der Maus klingeln würde?

Aber nein. Dem Typ fehlte aller Verstand. Am nächsten Tag sahen wir, dass er die Polizei auf den Campus gerufen hatte. Die Prüfung werde zum angesetzten Termin stattfinden, erklärte er. Hatte er denn niemanden, der ihn ein bisschen warnen konnte? Schließlich hatte unsere Geduld ihre Grenzen. ‚He Bursche, wenn wir gesagt haben: Jetzt machen wir keine Prüfung, jetzt sehen wir Fußball, dann gilt das schließlich für das ganze College.‘ Und nicht nur das College, sondern für die ganze Stadt. Aber wir kamen zu dem Schluss, dass wir was Praktisches tun mussten, sonst zöge er keine Lehre daraus. Sollte der Kerl mal sehen, ob wir die ganze Stadt hinter uns hätten oder nicht. Am Abend marschierten wir mit Fackeln durch die Stadt. Wir gaben bekannt, dass sich morgen kein Rad dreht und kein Laden öffnet. Schulen, Ämter und Gerichte blieben geschlossen. Wir donnerten mit unseren Motorrädern durch die leeren Straßen der Stadt. ‚Guck hin, du Maus, wer die Leute auf seiner Seite hat: du oder wir?‘

Aber diesen Volltrottel ritt offenbar der Teufel. So ein absolut erfolgreicher Streik machte keinen Eindruck

auf ihn. Stur wie ein Bock erklärte er erneut, dass die Prüfungen unter allen Umständen zum festgesetzten Termin stattfänden.

Wofür hielt er sich eigentlich? Nachdem wir ihm so viele Chancen gegeben hatten, hatte er immer noch keinen Respekt vor uns? Das war regelrecht beleidigend. Damit stand jetzt unser Prestige auf dem Spiel. Wenn dem Boss nun zu Ohren käme, dass wir mit diesem alten Schwatzkopf von Direktor nicht fertig werden! Wie würden wir vor ihm dastehen!

Folglich beschlossen wir, dass wir dem Kerl keine Chance mehr geben konnten. Diesmal musste er eine ernsthafte Lehre kriegen. Was würde ihm dann übrig bleiben, als die Prüfungen zu verschieben?

Wir berieten und beschlossen, dass wir auf dem Campus am helllichten Tag vor aller Augen jemand umbringen müssten. Dann würde der Direktor das College auf unbestimmte Zeit schließen müssen, und wir könnten uns die Spiele in aller Ruhe ansehen. Aber wer käme in Frage? Zunächst dachten wir an den Direktor selbst. Aber weil wir ihm ja eine Lehre verpassen wollten, schied er aus. Da kamen wir alle auf Lambu. Dieser Lambu haute seit einiger Zeit ziemlich auf den Putz. Wir hatten gehört, dass er kürzlich über unsere Köpfe hinweg den Boss aufgesucht hatte. Wahrscheinlich hatte er sich sogar beim Boss eingeschleimt. Wieso hätte er sich sonst getraut, uns neulich so frech zu kommen? Der Kerl war ein Risiko. Er durfte nicht noch weiter hoch kommen. Wir kamen zu dem Schluss, dass es gescheit wäre, Lambu bei dieser günstigen Gelegenheit umzubringen.

Der Kerl saß jeden Morgen in der Kantine und trank Tee. Um diese Zeit herrscht auf dem Campus ein ziemliches Gewimmel von Dozenten und Studenten. Das wäre ein

geeigneter Zeitpunkt. Wir machten einen Plan, nahmen unsere Dinger und umzingelten die Kantine. Einer sollte in die Kantine gehen und Lambu erschießen. Aber als er in die Kantine eindrang, ging ein ziemliches Durcheinander los. Alles schrie und rannte aufgescheucht durcheinander. Es war schwer, Lambu von der Menge abzutrennen. Was blieb uns anderes übrig als ein Streifeuer loszulassen. Unser Ziel verfehlten wir natürlich nicht: Lambu wurde tödlich getroffen, aber mit ihm zwei weitere unbekannte Jungen, die nicht auf unserer Liste gestanden hatten.

Jetzt, Freundchen Direktor, musst du die Sache in den Griff kriegen. Wir verlegen uns ganz gemütlich aufs Zuschauen.

Shahaduzzaman, einer der namhaftesten jüngeren Schriftsteller Bangladeschs, geb. 1960, studierte Medizin und arbeitete im Gesundheitswesen. Zurzeit ist er Dozent an der BRAC-Universität in Dhaka. Er verfasste erfolgreich Werke in den verschiedensten literarischen Genres. Seit den 1990er Jahren schreibt er vor allem Kurzgeschichten. Die nachstehende Erzählung, die an einem beliebigen College spielen könnte, ist dem Band „Koyekti Bihbal Galpa“ (erschienen 1996 bei Maula Prakash, Dhaka) entnommen. Sie wurde von Barbara Das-Gupta aus dem Bengalischen übersetzt.



**Draupadi
Verlag**

Der Draupadi Verlag wurde im Herbst 2003 gegründet. Themenschwerpunkte sind Romane, Erzählungen und Gedichte aus Südasien in deutscher Übersetzung und Sachbücher über die Länder dieser Region (aktuelle politische Situation, Geschichte, Kunst, Religion usw.).

Der Name des Verlags nimmt Bezug auf die Heldin des altindischen Epos „Mahabharata“. In Südasien ist Draupadi als eine Frau bekannt, die sich gegen Ungerechtigkeit und Willkür wehrt. In diesem Sinne greift etwa die bengalische Schriftstellerin Mahasweta Devi in der 1978 erstmals erschienenen Erzählung „Draupadi“ das Thema auf. Draupadi wird hier eine junge Frau genannt, die für eine Gesellschaft kämpft, in der es keine Unterdrückung und Ausbeutung mehr gibt.

Informationen zu den Publikationen erhalten Sie bei:
Draupadi Verlag
Dossenheimer Landstr. 103
69121 Heidelberg
Tel. 06221 - 412990
info@draupadi-verlag.de
www.draupadi-verlag.de

Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

TARANGO

fördert Frauen in ländlichen Regionen im Nordwesten des Landes durch fairen Handel mit kunsthandwerklichen Produkten. Schwerpunkt sind u.a. die Jute-Produktion und -Verarbeitung durch die Teilnehmerinnen.

Gana Unnayan Kendra (GUK)

fördert die ärmsten Familien im Gebiet der Flüsse Brahmaputra und Teesta. Projekte: 2.500 Familien erhalten Schulungen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erzielen; Aufbau von Schulen für 3.883 Kinder im Grundschulalter.

Udayan Swabolombee Sangstha (USS)

fördert die ärmsten Familien im Nordwesten des Landes. Projekte: 150 extrem arme Frauen, die mit ihren Familien auf Schwemmlandinseln leben, erhalten Schulungen und Startkapital; Aufbau von Schulen für 1.200 Kinder im Grundschulalter.

Sabalamby Unnayan Samity (SUS)

fördert benachteiligte Frauen im Norden des Landes. Projekte: 2.000 extrem arme Frauen erhalten Schulungen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erzielen; Aufbau von Schulen für 600 Kinder im Grundschulalter.

Jagorani Chakra Foundation (JCF)

unterstützt den Aufbau von Selbsthilfe-Organisationen der Bevölkerung. Projekte: Schulungen von 6.850 extrem armen Frauen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erwirtschaften; Aufbau von Schulen für 2.400 Kinder im Grundschulalter.

Ashrai

arbeitet mit indigenen Minderheiten im Westen des Landes. Projekte: 1.600 extrem arme Frauen erhalten Schulungen und Grundausstattung, um ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften; Aufbau von Grundschulen für 1.500 Kinder im Grundschulalter.

Acid Survivors Foundation (ASF)

setzt sich für die Überlebenden von Säureattentaten ein: u.a. durch medizinische Versorgung, psychologische Betreuung und Rechtshilfe. NETZ unterstützt das Engagement für rechtliche Verbesserungen zur Überwindung von Säureangriffen.

Ain o Shalish Kendra (ASK)

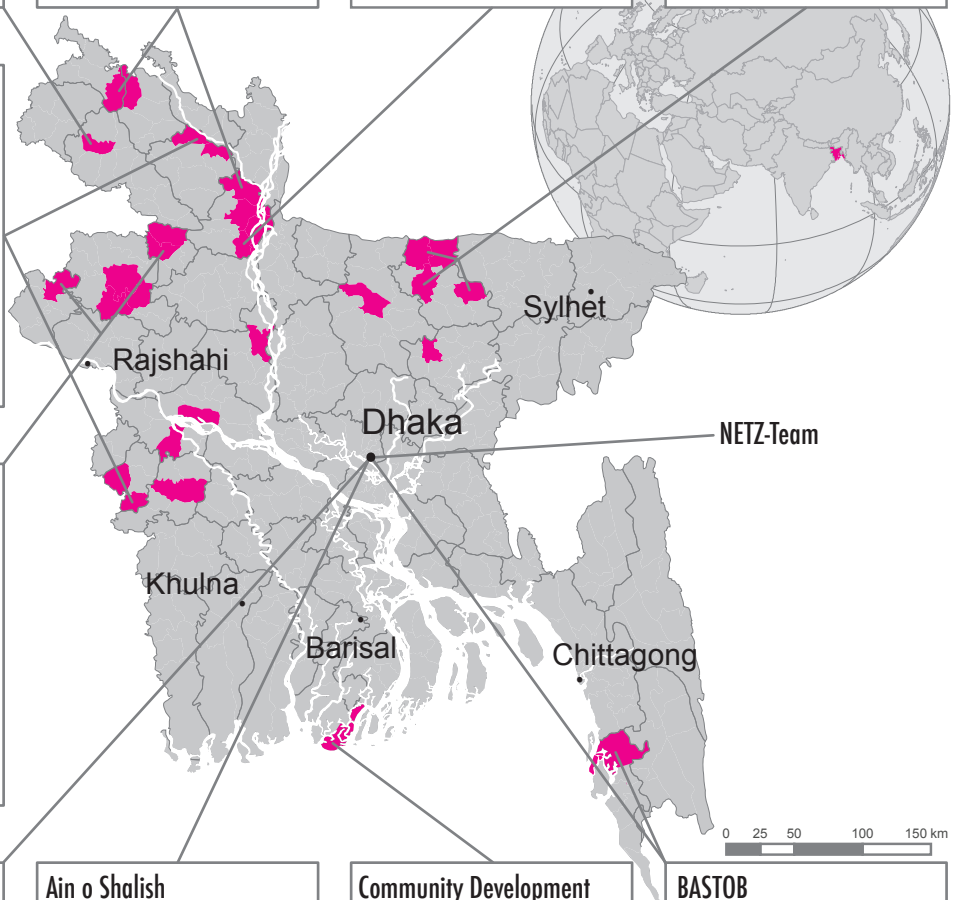
ist eine angesehene Menschenrechtsorganisation. Projekt: Schulungen von 7.730 Ehrenamtlichen in landesweit zehn Distrikten, die sich u.a. bei Dorfgerichten und mit Theateraufführungen für Menschenrechte einsetzen.

Community Development Centre (CODEC)

arbeitet mit den ärmsten Familien im Küstengebiet des Landes. Projekt: 300 Familien, die durch den Wirbelsturm Sidr im November 2007 alles verloren haben, erhalten Startkapital für den Neubeginn.

BASTOB

unterstützt den Aufbau von Selbsthilfestrukturen. Projekte: Gesundheitsprogramm im Südosten Bangladeschs an dem 1.710 Familien beteiligt sind; eine Schule für 240 Kinder, die mit ihren Familien in einem Slum in Dhaka leben.



NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Postvertriebsstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

Ein Leben lang genug Reis!



Auch mit Aktionen in Deutschland können Sie die ärmsten Familien unterstützen.

Die Situation der ärmsten Familien im Norden und Westen Bangladeschs: Mütter haben nicht genug zu essen für ihre Kinder. Keine Toilette, kein sauberes Wasser. Das führt dazu, dass Säuglinge sterben. Kinder müssen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Ein Teufelskreis: Oft ist der Vater früh gestorben. Oder er ist krank und kann nicht ausreichend zum Familieneinkommen beitragen. Katastrophale Startbedingungen für die Kinder: Sie sind unterernährt, häufig krank. Arztbesuche sind unerschwinglich. Und weil sie die Schule nicht besuchen, haben sie nie die Chance, eine Ausbildung zu machen.

Damit die Mütter für sich und ihre Kinder Reis erwirtschaften können - dauerhaft: Sie wollen für ihre Kinder sorgen und ein Leben in Würde führen. Gemeinsam mit fünf lokalen Partnern in Bangladesch unterstützt NETZ speziell diese ärmsten Familien. Die Mütter erhalten Schulungen und Startkapital: Ziegen oder Hühner für eine kleine Farm, Werkzeug zur Bambus-Verarbeitung, eine Milchkuh oder die Ausstattung für einen Laden.

Almosen verteilen wir nicht: Sobald die Familien ein regelmäßiges Einkommen erzielen, zahlen sie einen Teil zurück, und weitere Familien profitieren. Das Projekt wird durch die Bundesregierung und die EU gefördert. Das Entwicklungsministerium finanziert 75 Prozent des Projekts. Das heißt: Für jeden Spenden-Euro kommen vier Euro den Familien zugute.

Mit einer Spende von 65,- Euro können Sie deshalb eine kleine Welt bewegen: Eine Familie erhält daraus die erforderliche Starthilfe. Zusätzlich ermöglichen Sie den Aufbau der Selbsthilfe-Institutionen, die den Weg aus dem Teufelskreis ebnen.

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft+Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamsten Umgang mit den uns anvertrauten Spenden.

Spendenkonto Nr. 10 77 88 0
Volksbank Wetzlar-Weilburg, Blz. 515 602 31
IBAN: DE95 5156 0231 0001 0778 80
BIC: GENODE51WZ1

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
বাংলাদেশ

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar
Tel: 06441 - 26585 / Fax: 06441 - 26257
e-mail: netz@bangladesch.org / www.bangladesch.org